

349. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 3. Februar 2014, 19:30 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Vorsitz	Messerli Gregor (FDP), Präsident
1. Vizepräsidentin	Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)
2. Vizepräsident	Wälti Martin (SVP)
1. Stimmzählerin	Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)
2. Stimmzähler	Hauser Adrian (BDP)
Mitglieder	Fasel Didier (BDP) Läderach Christof (BDP) Stocker-Sturzenegger Christine (BDP) Bergmann Andreas (EVP) Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Stöckli Rolf (EVP) Utiger Heinz (EVP) Christensen Sven (FDP) Jörg Corinne (parteilos; Sitz FDP) Kämpfer Erwin (FDP) Kölliker-Trnková Lenka (FDP) Widmer Seline (parteilos; Sitz FDP) Schweizer Hans Peter (FDP) Brook Liechti Vanessa (GLP) Graf Stefan (GLP) Jorio Nicola (GLP) Aebersold Daniel (SVP) Bernhard Niklaus (SVP) Gfeller Paul (SVP) Hirsbrunner Bruno (SVP) Stucki Simon (SVP) Wälti Sandra (SVP) Wermuth Bruno (SVP)

Büchel-Wampfler Sandra (SP)
Burkhalter-Huber Regula (SP)
Federer Guido (SP)
Fröhlich Viktor (SP)
Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz SP)
Le Fort Werthmüller Geneviève (SP)
Ramseier-Doevendans Anneke (SP)
Zeh Weissmann Heiko (SP)

Abwesend Jost-Pfister Catarina (GLP)
Maccaferri-Iseli Barbara (FDP)
Suter Harry (EVP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident
Hauser Ernst
Hubacher Peter
Lädrach Markus
Leiser Thomas
Masciadri Monica
Moser Christoph

Abteilungsleiter Jenzer Fritz, Leiter der Finanzabteilung
Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Zaugg Werner, Leiter der Sozialdienste

Delegation Jugendrat Wetli Rachel, Co-Jugendratspräsidentin

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführerinnen Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung
Yetgin Dilara, Lernende Präsidialabteilung

Geschäfte

1. Mitteilungen
 - 1.1 Fraktionszusammensetzungen 2014
 - 1.2 Im Übrigen
2. Protokoll der Sitzung vom 9. Dezember 2013: Genehmigung
3. Aufsichtskommission
 - 3.1 Wahl eines Mitgliedes
 - 3.2 Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten
4. Jugendrat; Rechnung und Rechenschaftsbericht 2012/13: Kenntnisnahme
5. Zentralisierung der Sekundarstufe 1: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten
6. Stiftung Altersbetreuung Vechigen/Worb; Reglement über die Übertragung der Führung des Alters- und Pflegeheims Vechigen/Worb an eine besondere Trägerschaft: Genehmigung
7. Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Eröffnung

Ratspräsident Messerli Gregor: Letztes Jahr am 9. Dezember 2013 hat mich der Grosse Gemeinderat zum Ratspräsidenten gewählt. Herzlichen Dank für das Vertrauen. Ich fühlte mich geehrt und zugleich unheimlich stolz und bin es immer noch. An der heutigen Sitzung vom Grossen Gemeinderat nehmen Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler von der 8. Klasse der Oberstufe Worb, ebenso zwei 7. Klassen von der Oberstufe in Rüfenacht teil. Es freut mich ausserordentlich, dass ihr anwesend seid und euch für die Politik interessiert. Wir hatten schon eine Stunde die Gelegenheit, uns gegenseitig auszutauschen sowie Referate anzuhören, welche sehr interessant und unterhaltsam waren. Ebenfalls herzlich begrüssen möchte ich alle anderen Gäste, Medienvertreter, die Vertretung der Verwaltung, der Jugendrat, der Gemeinderat, den Gemeindepräsidenten und meine Kolleginnen und Kollegen vom Grossen Gemeinderat. Es freut mich ausserordentlich, dass auch meine Eltern und meine Familie heute anwesend sind. Meine Eltern sind quasi der Ursprung von meiner politischen Tätigkeit. Und meine drei Frauen von meiner Familie halten mir den Rücken frei, wenn uns mal alles über den Kopf wächst oder wenn es zu Hause ein bisschen hektisch zu und her geht. Ich bin wirklich stolz formell der höchste Worber zu sein. Und das nicht nur, weil ich der Höchste bin, sondern weil ich es von der Gemeinde Worb sein kann. Wer kann schon behaupten, ein Schloss in der Gemeinde zu haben? Wir haben sogar zwei Schlösser. Ich möchte niemandem zu nahe treten, wenn er sein Haus ebenfalls als Schloss betrachtet. Aber formell haben wir ganz sicher zwei Schlösser. Eines davon befindet sich in Rüfenacht. Wir haben schicke Sportanlagen und auch eine Eisbahn. Sogar russische Eishockeyspieler kommen für ihre Trainings nach Worb. Worb hat ein Schwimmbad, eine Curling-Anlage und Restaurants. Wir können, glaube ich, jeden Abend in einem anderen Restaurant essen gehen. Wir haben auch Bars in denen man sich amüsieren kann, wenn das Essen gespeist ist. Wir haben ein Jugendzentrum im Stalden bei dem ich sogar an der Eröffnung teilgenommen habe. Dies ist sicherlich schon fast 35 Jahre her. Da hat man noch geschaukelt im Keller, damit die Leute dort stehen konnten. Ein Altersheim, welches sich ein wenig weiter weg befindet, besitzen wir auch. Heute im GGR ist das Altersheim ein Traktandum. Wir haben auch Einkaufsmöglichkeiten. Ganz viele kleine, traditionelle Läden, welche ihr alle auch kennt. Wir haben auch Grossverteiler. Unterirdische, oberirdische und einer ist sicherlich auch ausserirdisch. Wir haben auch ein rotes Schulhaus. Es bedeutete mir viel, dass ich im roten Schulhaus zur Schule gehen durfe. Ich weiss nicht, ob dieses Schulhaus in dieser Zeit politisch gefärbt war, aber in der ganzen Schweiz war die Rede vom roten, grossen Schulhaus. Ich war einer der Ersten, der als Schüler von Rüfenacht die Sekundarschule in Worb besucht hat. Wir haben jeden Tag den Weg von Rüfenacht nach Worb in Anspruch genommen. Sei es im Sommer, im Winter, sei es wenn wir umgefallen sind oder wenn wir gefroren haben. Doch es ist nicht mehr dasselbe wie früher. Es hat mich geprägt und es war eine gute Zeit. Ich weiss jedoch nicht, ob ich dasselbe wieder in Kauf nehmen würde, denn in Rüfenacht hat es nun auch ein schönes Schulhaus. Auch die SBB haben wir in Worb. Wir haben das blaue und das orange Bähnli. Rüfenacht hat drei Bahnstationen. Welche Gemeinde hat das ausser Rüfenacht? Wir haben sogar den schnellsten Weg nach Worb. Ich nenne es Kulturgut, wenn selbst die Zürcher den schnellsten Weg nach Worb mit dem blauen Bähnli kennen. Notabene hat es auch die Politik geschafft, wir haben es geschafft, dass das blaue Bähnli immer noch die Farbe blau hat. Es enthält noch ein wenig rot, aber die Hauptfarbe blau dominiert. Wir haben die Kultur in Worb mit unserem blauen Bähnli geprägt. Wir haben einen Autobahnanschluss, was nicht selbstverständlich ist. Wir haben in Worb quasi eine eigene Autobahn. Wir haben einen eigenen Bach. Wer nicht mit dem Auto fahren will oder nicht die öffentlichen Verkehrsmittel benützen will, der kann theoretisch mit der Worble mitschwimmen. Die Worble ist der Bach an dem ich als kleiner Junge noch Fussball gespielt habe. Als es kein Warmwasser gab oder besser gesagt gar kein Was-

ser, badeten wir im Bach als wir uns schmutzig gemacht haben. Heute wäre dies nicht mehr möglich. Heute würden die Knaben und Mädchen wahrscheinlich erfrieren, wenn sie im Bach baden würden. Das war früher sehr prägend, denn es ist etwas an das wir uns sehr gerne erinnern. Doch schon bald haben wir den höchsten Hochwasserschutz. Wenn der Bach grösser wird, ist alles bereit. Geht es betrachten, es schaut super aus. Momentan ist nur ein wenig Wasser vorhanden. Doch wenn es dann mal kommt, sind wir richtig gewappnet. Wir haben etwas zu bieten und schauen auch auf die Sicherheit unserer Bewohner. Wir sind städtisch und gleichwohl ländlich. Wir haben von beidem ein wenig. Wenn wir wollen, sind wir innerhalb von ein paar Minuten in den Wälder oder Felder. Diese Möglichkeit hat nicht jede Gemeinde. Wer hat das ausser uns? Wir haben ein eigenes Online-Portal. Wir haben sogar eine eigene Zeitung. Wir haben ein Kino welches schon bald das einjährige Jubiläum feiert. Wir haben ein paar Kirchen. Wir wissen nicht wie viel Kirchen es in Zukunft geben wird, doch wir haben auf jeden Fall ein paar. Wir haben Banken und vieles mehr. Das ist die Infrastruktur welche Worb so attraktiv macht. Doch das Leben in der Gemeinde erledigen nicht die Banken, das Kino oder das Schloss, sondern wir Einwohner von Worb. Das Leben in der Gemeinde wird ebenfalls von den 143 Vereinen geprägt, die den Sitz in Worb haben. Macht euch mal Gedanken darüber. Francine Jordi würde die Anzahl der Vereine wahrscheinlich in einem ihrer Lieder singen. Es bestehen sogar zwei Francine Jordi Fanclubs. Den Verein Radieschen gibt es auch in Worb. Die Mitglieder dieses Vereins würden die Zahl 143 vielleicht sogar abbeissen. Und das ist sicherlich nicht selbstverständlich, dass wir Leute in der Gemeinde Worb haben welche im Vorstand am Morgen den Platz vom Fussballplatz markieren, das Eis reinigen oder Radieschen züchten. Dies braucht sehr viel Freiwilligenarbeit. Ich möchte mich bei allen bedanken, die bei solchen Arbeiten aktiv mitmachen. Sei es gegen Entgelt, sei es freiwillig oder ohne Entschädigung. Durch die Hilfe der freiwilligen Arbeiter bleibt Worb am Leben. Es ist natürlich auch mindestens so wichtig, dass die Gemeinde Worb eine Politik hat, welche unter anderem aus einem 40 köpfigen Parlament besteht. Nun könnte ich die Schüler fragen, ob es selbstverständlich ist, dass wir ein Parlament in der Gemeinde haben. Ist es natürlich nicht. Ittigen oder Belp beispielsweise haben kein Parlament sondern einfach eine Gemeindeversammlung. Wir leisten uns ein Parlament, weil uns die Politik wichtig ist. Wir leisten uns ebenfalls einen vollamtlichen Gemeindepräsidenten. Wenn ich beispielsweise Einwohner von Küsnacht frage, ob sie ebenfalls einen vollamtlichen Gemeindepräsidenten oder ein Parlament in ihrer Gemeinde haben, können sie dies nur mit einem Nein beantworten. Die Zürcher staunen über diese politische Situation. Deshalb bin ich ein stolzer Einwohner von Worb. Wir haben nicht ein Einparteiensystem sondern besitzen insgesamt sechs politische Fraktionen. Dies weil das Interesse allgemein gross ist und alle mitmachen möchten. Unsere Interessen sollen von der Politik in die Bevölkerung eingebracht werden. Ausserdem haben wir zwölf Kommissionen, unterschiedlichster Natur, welche regelmässig tagen. Wir haben sogar ein Jugendparlament, welches heute auch anwesend ist. Das Jugendparlament kümmert sich schon früh für die politischen Themen, begeistert sich für die Gesellschaft und kümmert sich um diese. Dies finde ich super. Es freut mich auch ausserordentlich, heute Abend eine junge Frau, welche neu im Parlament ist, begrüessen zu dürfen. Und zwar Frau Seline Widmer. Seline, du hast den Wahlkampf der FDP aktiv mitbegleitet und nun warten ganz viele Herausforderungen auf dich. Es wird harte Politikämpfe, heisse Meinungsverschiedenheiten, Medienschlachten und bestimmt auch lange Fraktionssitzungen geben, für welche die FDP bekannt ist. Die Worber Politik ist, das weisst du auch, kein Zuckerschlecken, keine Süssigkeit und erst recht kein Ponyhof. Es werden ganz interessante Zeiten auf dich zukommen. Ich bin fest davon überzeugt, dass du das toll machen wirst und du ganz viel Freude und Spass in deiner politischen Tätigkeit haben wirst. Das Engagement von euch allen im GGR ist unheimlich gross. Die Leidenschaft welche ihr habt, noch am Morgen um 1 Uhr eine E-Mail zu verschicken. Ein Postulat oder eine Motion zu formulieren, dies geschieht nicht von allein. Vor dem Plenum zu stehen und eine vorbereitete Rede zu halten. Es ist toll, dass ihr eure Zeit für die Politik,

für die Worber und Rüfenachter, für die Rieder, für Wattenwil-Bangerter, Vielbringen und Enggiststein einsetzt. Für euren Einsatz möchte ich mich herzlich bedanken. Ich möchte auch noch einen Wunsch äussern. Und zwar möchte ich keine langweiligen GGR-Sitzungen. Als ich Präsident wurde, habe ich öfters gehört, dass die GGR-Sitzungen manchmal langweilig sind. Jeder hält seine Rede und viele Voten wiederholen sich. Im Kantonsparlament beispielsweise lesen ein paar Mitglieder die Zeitung, andere schauen in den Laptop oder einige hören dem Vorleser zu. Eigentlich ist es bei uns ähnlich, nur dass wir die Möglichkeit hätten, engagierte, energiegeladene, humorvolle oder poetische Wortmeldungen hier im Parlament vorzutragen. Es wäre auch toll, wenn die Voten spontaner wären. Ich möchte auch zugeben, dass auch ich mir ein paar Notizen gemacht habe. Ich möchte, dass ihr nach vorne kommt wenn eine Diskussion losgeht und dass ihr euch einbringt. Die Politik ist nicht ein Selbstzweck, sondern wir dienen unseren Einwohnerinnen und Einwohner der schönen Gemeinde Worb. Die Einwohner und die Stimmbürger haben grosse Erwartungen an uns Politiker. Eines der Hauptthemen betrifft die guten Schulen die wir in Worb haben. Aus diesem Grund sind heute auch drei Klassen anwesend, da sie sich mit diesem Thema befassen. Der Finanzhaushalt wird in der Zukunft sicherlich auch ein Dauerbrenner bleiben. Die Steueranlage ist auch immer wieder ein Thema. Wäre es doch schön, wenn die Steueranlage sinken würde und wir auf dem Niveau der Stadt Bern wären. Worb hat ein lebendiges Dorfleben. Bald kommt die Umfahrung. Was bedeutet dies für uns? Werden Läden zugehen und werden wir eine Schlafgemeinde? Wir haben eine attraktive Infrastruktur. Die diversen Sportanlagen, den 3-Klang welcher hoffentlich kommt. Über den Wislepark werden wir uns in diesem Jahr bestimmt auch noch öfters unterhalten. Ich freue mich über das neue Dorfbild in Rüfenacht. Mit oder ohne Restaurant Sonne, aber ich freue mich auf das neue Dorfbild, welches unseren Dorfeingang prägen wird. Dies ist für alle Reisenden von Bern her der erste Kontakt mit Worb und dem Emmental. Ganz schwierig wird sicherlich die Ortsplanung werden. Wollen wir verdichten oder wollen wir in der Landwirtschaft einzonen? Das werden bestimmt ganz schwierige Geschäfte. Doch für das sind wir da. Wir sind da für die Einwohnerinnen und Einwohner eine gute Arbeit zu leisten. Also fangen wir doch heute gleich damit an. Wir arbeiten heute ein wenig und nehmen dann im Anschluss an die heutige GGR-Sitzung das von der FDP offerierte Apéro. Es würde mich freuen, wenn ihr nach der Sitzung noch ein paar Minuten da bleibt.

Traktandenliste

Ratspräsident Messerli Gregor: Damit die anwesenden Schülerinnen und Schüler rechtzeitig nach Hause gehen können, möchte ich die Traktanden vier und fünf in der Reihenfolge ändern. Zuerst geht es um die Zentralisierung der Sekundarstufe 1 und nach einer kurzen Pause folgt das Geschäft des Jugendrats.

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Fraktionszusammensetzungen 2014

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 349	03.02.2014	1	2013/17-79	143	12/0/0

Ratspräsident Messerli Gregor gibt die Konstituierungen der Fraktionen des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2014 bekannt:

Bürgerlich-Demokratische Partei Worb

Präsident/in: Läderach Christof
Vizepräsident/in: Fasel Didier
Sekretär/in: Stocker-Sturzenegger Christine

Evangelische Volkspartei Worb

Präsident: Cetin Mayk
Vizepräsident/in: Zwahlen-Leibundgut Beatrix
Sekretär/in: Suter Harry

FDP. Die Liberalen Worb

Präsident/in: Kämpfer Erwin
Vizepräsident/in: vakant
Sekretär/in: Maccaferri-Iseli Barbara

Grünliberale Partei Worb

Präsident/in: Brook Liechti Vanessa
Vizepräsident/in: Jost-Pfister Catarina
Sekretär/in: Graf Stefan

Schweizerische Volkspartei Worb

Präsident/in: Wermuth Bruno
Vizepräsident/in: Gfeller Paul
Sekretär/in: Hirsbrunner Bruno

Sozialdemokratische Partei Worb

Präsident/in: Ramseier-Doevendans Anneke
Vizepräsident/in: Burkhalter-Huber Regula
Sekretär/in: Fröhlich Viktor

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 349	03.02.2014	2	2013/17-80	143	12/0/0

Ratspräsident Messerli Gregor:

- Die Ratsmitglieder sind gebeten, bei Abstimmungen ein klar sichtbares Handzeichen zu machen. Sie erleichtern damit die Arbeit der Stimmzähler.
- Die Stimmzähler erheben sich zur Ausmittlung der Stimmzahlen. Die Hand muss solange erhoben bleiben, bis sich die Stimmzähler wieder setzen.
- Gemäss Art. 40 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates ist der Präsident ermächtigt, Änderungsanträge nur in schriftlicher Form anzunehmen. Ich möchte dies ab sofort so umsetzen. Wenn ein Änderungsantrag zu einem traktandierten Geschäft vorliegt, dann möchte ich diesen Änderungsvorschlag schriftlich.
- Die Gesellschaft ist mir wichtig. Der Austausch ausserhalb der eigenen Partei ist sehr zentral für ein politisches Gremium. Aus diesem Grund findet auch in diesem Jahr ein Ratsausflug statt. Dieser findet am Donnerstag, 16. Oktober 2014, am Nachmittag statt. Wir werden das Bundeshaus besichtigen mit einem anschliessenden Nachtessen. Details folgen zu einem späteren Zeitpunkt.
- Unter der Berücksichtigung der aktuellen Finanzsituation der Gemeinde Worb habe ich mich entschieden, auf das Weihnachtsessen zulasten des Gemeindebudgets zu verzichten. Es ist durchaus möglich, dass wir zusammen ein Nachtessen geniessen und dies selber finanzieren.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Planung und Präsidiales: Für die anstehende Ortsplanungsrevision hat der Gemeinderat festgelegt, dass die Bevölkerung frühzeitig einbezogen wird. In Rahmen der sogenannten Vorphase sind im vergangenen Jahr zwischen Juni und November drei öffentliche Foren durchgeführt worden, mit dem Ziel, die Stossrichtungen der neuen Ortsplanungsrevision auszuarbeiten. Zu diesen Foren sind alle Parteien, Vereine und Organisationen direkt eingeladen worden. Die Bevölkerung ist zudem durch die üblichen Publikationsorgane zum Mitmachen eingeladen worden. An den Anlässen nahmen jeweils ungefähr 60 Personen teil. Der Gemeinderat dankt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern herzlich für das engagierte mitmachen, mitdenken und mitdiskutieren. Die Ergebnisse der drei Foren lassen sich in fünf Stossrichtungen zusammenfassen. Stossrichtung eins: Die Lebens- und Umweltqualität in der Gemeinde Worb soll hoch bleiben. Es hat sich dabei gezeigt, dass ein Teil der Planungsinstrumente der OP06+, beispielsweise der Zonenplan Landschaft, ohne grundlegende Änderung und nur mit einer Aktualisierung übernommen werden kann. Stossrichtung zwei: Die Schaffung räumlicher Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung in Worb. Im Fokus stehen ESP Worboden und Worb SBB. Da sollen Arbeitsplätze mit möglichst geringem Flächenbedarf entstehen. Stossrichtung drei: Die Bevölkerungszahl wird mindestens gehalten, eine Zunahme von 50 Personen pro Jahr wird angestrebt. Das Potential der inneren Entwicklung wird gemeinsam mit den Grundeigentümern ausgeschöpft. Sollte das Wachstum nicht erreicht werden können, sollen trotzdem noch Einzonungen vorgenommen werden. Stossrichtung vier: Eine Ortsplanung in Etappen. Es wird ausdrücklich gewünscht, dass nicht ein grosses Paket daher kommt. Es soll aufgezeigt werden, wie das Gesamtbild für die räumliche Entwicklung der Gemeinde vorstellt. Die Umsetzung soll dann allerdings in Etappen erfolgen, das heisst im Rahmen von einzelnen Teilortsplanungsrevisionen. Stossrichtung fünf: Es

wird eine transparente, verständliche und aufrichtige Kommunikation erwartet. Der Schlussbericht zu dieser Vorphase liegt nun vor. Wir werden den Bericht im Verlauf der nächsten Tage auf unserer Website aufschalten. Dieses Aufschalten werden wir mit einer Medienmitteilung ankünden. Wie geht es nun weiter? Gemäss unserem Terminplan wird der Kreditbeschluss zur Ortsplanungsrevision voraussichtlich in der März Sitzung dem GGR vorgelegt. Nachher wird einerseits das Potential der Inneren Entwicklung weiter verfolgt, andererseits werden die Planungsinstrumente entworfen, nämlich der Zonenplan, Baureglement und der Richtplan. Zur Präsentation und Diskussion von Zwischenergebnissen werden wir gerne wieder auf die bewährten Foren zurückgreifen. Die öffentliche Mitwirkung und die kantonale Vorprüfung soll im Jahr 2015 durchgeführt werden. Die öffentliche Auflage und die Genehmigung im GGR werden dann bei optimalem Verlauf der Ortsplanungsrevision im Jahr 2016 stattfinden.

Zur Tour de Suisse. Am letzten Donnerstagmittag ist der Verein WorbEvent neu gegründet worden. Zweck dieses Vereins ist es, als lokales Organisationskomitee das Zeitfahren der diesjährigen Tour de Suisse sicherzustellen. Das Organisationskomitee (OK) ist ausschliesslich für den Bereich des Rennens innerhalb von Worb Dorf zuständig, für den Rest der Strecke ist die Tour de Suisse selber zuständig. Die verschiedenen Ressorts des OK sind auf folgende Personen verteilt worden: Polizei, Verkehr und Sicherheit: Gerhard Baumgartner in Zusammenarbeit mit Nicole Geser, Bauten: Heinz Utiger in Zusammenarbeit mit Max Brunner, Werbung-Sponsoring liegt bei Lahor Jakrlin und mir, Kommunikation: Lahor Jakrlin, Verpflegung/Festwirtschaft: Sepp Graf. Der Einsatz des Hilfspersonals liegt bei Peter Hubacher. Administration, also das Sekretariat und die Führung der Kasse, liegen bei Thomas Wälti und bei Christian Reusser. Präsiert wird das OK durch mich, als Vizepräsident wirkt Sepp Graf. Das Zeitfahren findet am Freitag, 20. Juni 2014 statt. Das Rennen startet um 14 Uhr und dauert bis 17 Uhr. Pünktlich auf 18 Uhr ist alles fertig. Dies ist der Zeitpunkt, wenn die Schweiz gegen Frankreich in Brasilien an der Weltmeisterschaft Fussball spielen wird. Vorbehältlich sämtlicher Bewilligungen, die erforderlich sind, erfolgt der Start auf der Richigenstrasse in der Nähe des Schulhauses Wyden in Richtung Richigen. Die Strecke führt dann via Agroba-Überbauung nach Trimstein, Münsingen, Tägertschi, Häutligen, Ursellen, Konolfingen, Grosshöchstetten, Schlosswil und von da wieder zurück nach Worb. Beim Kreisel bei der Eigerstrasse geht die Strecke dann via Schulhausstrasse in das Dorf hinein. Das Ziel ist dann voraussichtlich auf der Schulhausstrasse im Bereich des Dorfschulhauses.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Der Gemeinderat hat sich am 27. Januar 2014 anlässlich einer Sondersitzung mit dem Thema Voranschlag 2014 und Finanzplanung 2015/19 auseinandergesetzt. Die Resultate dieser Sitzung werden aktuell analysiert und sollen in die entsprechenden Botschaften zuhanden des Grossen Gemeinderates, also bei den Botschaften für den Voranschlag 2014 und Finanzplanung 2015/19 sowie Voranschlag 2015, einfließen. Der Gemeinderat hat beschlossen, im Jahr 2014 auf die Gemeinderatsreise zu verzichten und er leistet somit einen kleinen Beitrag an die Gesundung der Finanzlage. Am 17. März 2014 wird der GGR über den Voranschlag 2014 beschliessen und sich mit allfälligen Sparmassnahmen für die Finanzplanungsperiode 2015/19 auseinandersetzen. Das Departement Finanzen beabsichtigt, anlässlich einer Informationsveranstaltung am 3. März 2014, also rund 14 Tage vor der GGR-Sitzung zum Voranschlag 2014, über die Positionen und die vorgesehenen Massnahmen des Gemeinderates zu informieren und die Parteien in den Prozess zur Erarbeitung der möglichen Massnahmen und Ziele der Finanzplanung 2015/19 zu involvieren. Die Einladung wird nächstens erfolgen. Es ist erklärtes Ziel, den Voranschlag 2014 am 17. März 2014 genehmigen zu lassen und im Herbst eine mehrheitsfähige und breit abgestützte Finanzplanung ins Parlament bringen zu können. Der Gemeinderat hat den offenen Brief der SVP zur Kenntnis genommen. Er ist der Ansicht, dass mit dem schon mehrfach erläuterten Vorgehen dem Wunsch nach Mitwirkung entsprochen wird. Im Weiteren möchte der

Gemeinderat festhalten, dass er befremdet ist, den Wunsch nach Dialog und Mitwirkung via Medien zu erfahren. Gerade von einer Partei, welche sowohl im Gemeinderat als auch in der Finanzkommission vertreten ist, hätte man erwarten dürfen, dass sie den ordentlichen Weg über einen Antrag im GGR oder über direkte Kontaktaufnahme mit dem Gemeinderat kennt und auch beschreitet. Der Gemeinderat lehnt es ab, sich über offene Briefe via Medien lenken zu lassen.

Wälti Martin, SVP: Ich nehme das Votum des Präsidenten ernst und beteilige mich an der aktiven und lebendigen Diskussion, die in diesem Jahr stattfinden soll. Die Schlussbemerkung von Markus Lädach habe ich erwartet, bin aber dennoch ein wenig befremdet darüber. Zwei Drittel der Stimmberechtigten haben am 24. November 2013 eine Steuererhöhung abgelehnt. Ein offener Brief ist legitim. Der offene Brief hat eine mediale Wirkung, welcher wir uns bewusst sind. Ich möchte die Finanzkommission nicht degradieren, aber sie ist nun mal nicht beschlussfähig. Sie kann Empfehlungen abgeben, sie ist dementsprechend nicht beschlussfähig für das weitere strategische und operative Vorgehen. Zudem wusste das Mitglied der SVP in der Finanzkommission von unserem Vorgehen. Die SVP hatte Bedenken, dass betreffend Finanzstrategie nicht viel unternommen wird. Die SVP findet das Vorgehen mit dem offenen Brief korrekt. Ich weiss nicht, was bei dem Mitwirkungsanlass passiert, aber ich hoffe, dass der Gemeinderat unser Anliegen im Dialog aufnimmt und dass er die Handlungsfelder des offenen Briefes ernst nimmt.

Graf Stefan, GLP: Jetzt ist er also offen, der Giftschränk. Auch die Schülerinnen und Schüler des Worbodens und von Rüfenacht mussten eine bittere Kröte schlucken. Die Gemeinde hat den Beitrag an den Schneesporttag gestrichen. Der Sporttag vom Schulzentrum Worbodens, er hätte letzte Woche am bisher schönsten Wintertag dieses Jahres stattgefunden. Er fand nicht statt; Sparmassnahme. Das Gift ist natürlich im übertragenen Sinn gemeint. Die Grünliberalen bedauern das. Wir kennen die Gründe. Worb hat kein genehmigtes Budget. Die Gemeinde hat sicher richtig, das heisst nach Reglement, gehandelt. Aber tun wir auch das Richtige? Was geht in einem Schulkind vor, wenn es CHF 50.- Elternbeitrag zu Hause einziehen und ein paar Wochen später das Couvert mit den CHF 50.- wieder den Eltern zurückbringen muss. Der Schneesporttag findet nicht statt; Sparmassnahme. Handelt so eine langfristig planende Gemeinde? Wie erkläre ich meiner Tochter, dass wir in der letzten GGR Sitzung viel Geld für den Wislepark gesprochen und nachher noch im Löwen ein feines Nachessen geniessen konnten, aber der Schule wird der Gemeindebeitrag an den Sporttag gestrichen; Sparmassnahme. Wir akzeptieren den Volkswillen, wir müssen sparen, aber bitte ausgewogen. Ich danke dem Gemeinderat, dass er auch bei sich den Sparhebel angesetzt hat. Ebenso danke ich dem Präsidenten dafür, dass er das Weihnachtsessen des GGR nicht mehr aus der Gemeindegasse bezahlen will. Ich werde auch so teilnehmen. Die Grünliberalen wollen, dass den Schülerinnen und Schülern wenigstens die Projekt- und Landschulwochen und die Schulreisen ermöglicht werden.

Protokoll der Sitzung vom 9. Dezember 2013: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 349	03.02.2014	3	2013/17-81	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Aufsichtskommission: Wahl eines Mitgliedes

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 349	03.02.2014	4	2013/17-82	458	10/1/1

Ratspräsident Messerli Gregor: Die Ersatzwahl ist erforderlich, weil Messerli Gregor (FDP) seine Demission per 31. Dezember 2013 eingereicht hat. Für den Sitz in der ASK liegt ein schriftlicher Wahlvorschlag vor. Er lautet auf Kühn-Blank Christa (SP). Da dieser Wahlvorschlag nicht vermehrt wird, erkläre ich in Anwendung von Art. 68 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates als in stiller Wahl gewählt: Kühn-Blank Christa (SP).

Aufsichtskommission: Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 349	03.02.2014	5	2013/17-83	458	10/1/1

Ratspräsident Messerli Gregor: Die Ersatzwahl ist erforderlich, weil Messerli Gregor (FDP) seine Demission per 31. Dezember 2013 eingereicht hat. Für das Präsidium in der ASK liegt ein schriftlicher Wahlvorschlag vor. Er lautet auf Ramseier-Doevendans Anneke (SP). Da dieser Wahlvorschlag nicht vermehrt wird, erkläre ich in Anwendung von Art. 68 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates als in stiller Wahl gewählt: Ramseier-Doevendans Anneke (SP). Anneke, diese Wahl freut mich sehr. Herzliche Gratulation, viel Erfolg und eine geschickte Hand bei den Prüfhandlungen mit der ASK. Anneke war bisher die Vizepräsidentin der ASK. Aus diesem Grund muss das Vizepräsidium neu gewählt werden. Dies wird in der Sitzung vom 17. März 2014 geschehen.

Zentralisierung der Sekundarstufe 1: Genehmigung zuhanden der Stimmberechtigten

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 349	03.02.2014	6	2013/17-84	28	16/0/0

Eintreten

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Federer Guido, GPK: Die Botschaft an den GGR ist kurz, wenn man den Entwurf der Botschaft an die Stimmberechtigten einbezieht, jedoch sehr ausführlich. Die beim Versand fehlende Karte wurde den GGR-Mitgliedern elektronisch nachgereicht. Im Rahmen der Projektbearbeitung wurden sowohl pädagogische Aspekte, die bauliche Umsetzung der Massnahme aber auch die Schulwegesicherheit detailliert abgeklärt. Zudem wurde das Projekt von der PH Bern, also von der pädagogischen Hochschule Bern, begleitet. Die Bevölkerung wurde im Rahmen von zwei öffentlichen Mitwirkungsanlässen einbezogen. Zudem wurde verschiedentlich über die Medien über das Projekt informiert. Die Kosteneinschätzung des Büros ANS Architekten und Planer ist umfangreich und aussagekräftig. Varianten der baulichen Massnahmen fehlen jedoch. In der Botschaft an die Stimmberechtigten sind alle massgeblichen Kosten, inklusive Finanzierungs- und Zinskosten, aufgeführt. Die Aufwendungen für die baulichen Massnahmen sind in der Botschaft an die Stimmberechtigten jedoch nur sehr grob, das heisst, wenig detailliert aufgeteilt. Hier würde die GPK eine detailliertere Auflistung der Kosten sehr begrüssen. Was nicht enthalten ist, sind die Kosten für die Ausstattung der Schulräume und des Kindergartens. Gemäss Aussage des Gemeinderates, Christoph Moser, kann das bestehende Mobiliar jedoch wiederverwendet werden. Für die baulichen Massnahmen ist insgesamt ein Betrag von 2.115 Mio. Franken aufgeführt. Dies im Gegensatz zum Finanzplan 2014/18, wo lediglich ein Betrag von 1 Mio. Franken enthalten ist. Werden die finanziellen Be- und Entlastungen gegenübergestellt, resultiert eine jährliche Entlastung der Gemeinde von rund CHF 209'000.-. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat die Änderung des Bildungsreglementes zu genehmigen und für die baulichen Massnahmen zur Zentralisierung der Sekundarstufe 1 in der Schulanlage Worboden und zur Integration der Tagesschule und von zwei Kindergartenklassen in der Schulanlage Rüfenacht einen Verpflichtungskredit von 2.115 Mio. Franken zu bewilligen.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: „Veränderung ist das einzig Beständige.“ Oder „das einzige Beständige ist die Veränderung.“ Diese Weisheit ist uralt, sie stammt von Heraklit um etwa 500 vor Christus. Bevorstehende Veränderungen lösen Ängste und Verunsicherung aus. Der Gedanke, etwas Vertrautes loslassen zu müssen, tut weh. Das trifft auch auf die Veränderungen zu, die wir an der Oberstufe planen. Veränderungen haben oft auch mit Existenzangst zu tun. Dabei denke ich an die Lehrpersonen und an die Schulleitung. Es ist schon so. Niemand liebt fremdbestimmte Veränderungen. Niemand verlässt die vertraute Umgebung gerne. Niemand begibt sich freiwillig ausserhalb der vertrauten und gewohnten Komfortzone. Und wenn die Umgebung gut ist, wie sie es an der Schule Rüfenacht unbestritten ist, schon gar nicht. Diese Gefühle gilt es ernst zu nehmen. Veränderungen sind immer auch eine Chance. Veränderungen lösen Energie und Antrieb aus. Nehmen wir doch diese Chance wahr. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Und einen ganz besonderen Willkommensgruss euch, Schülerinnen und Schüler aus Rüfenacht und dem Worboden. Ich freue mich ausserordentlich, dass ihr hier seid und Politikunterricht ganz hautnah erlebt. Ihr habt ja schon fleissig gearbeitet im Vorfeld dieser Sitzung. Die Veränderungen rufen Verunsicherungen und Ängste aus, dessen sind wir uns bewusst. Wir haben sie bei der Ausarbeitung dieses Projektes immer vor Augen gehabt. Und sie werden uns auch bei der Umsetzung der Vorlage bewusst bleiben. Wir sprechen heute über die Absicht, die Oberstufe der Worber Schulen im Schulzentrum Worboden zu zentralisieren. Ich bin überzeugt, dass die Zentralisierung der Oberstufe im Worboden nach einer kurzen Zeit der Angewöhnung allen Nutzen bringen wird. Wir sind eine Gemeinde. Eine Gemeinde, die aus acht Ortschaften besteht. Als Gemeinderat und als Vorsteher des Departements Bildung habe ich die Pflicht, die ganze Gemeinde im Auge zu behalten. Vor vielen Jahren habe ich die Sekundarschule Worb als Schüler besucht. Es war damals noch etwas komplizierter als heute. Die Sekundarschule war in zwei Schulhäusern und einem Pavillon, damals sagte man diesem Provisorium „Baracke“, untergebracht. Das eine Schul-

haus stand dort, wo jetzt das Altersheim ist, das Zweite war das heutige Schulhaus Zentrum. Die letzten eineinhalb Jahre verbrachte ich im neuen Schulhaus im Worboden, in diesem roten Gebäude, wir haben es schon gehört von Gregor. Damals besuchten alle Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler der Gemeinde, also auch diejenigen von Rüfenacht, den Unterricht in Worb. Die Sekundarschule umfasste damals das 5. bis 9. Schuljahr. Wir können also feststellen, dass die angestrebte Zentralisierung keine wirklich neue Erfindung ist. Worüber spreche ich heute? Hier ein Überblick: Zuerst gehe ich auf die Fragen der GPK ein. Danach spreche ich über den pädagogischen Mehrwert der Zentralisierung. Dann etwas zu den finanziellen Auswirkungen, zu den personellen Auswirkungen, über die Schulwegsicherheit und schliesslich über die baulichen Anpassungen in der Schulanlage Rüfenacht. Zu den Fragen der GPK: Wie bereits von dir Guido erwähnt, wir haben uns kurz ausgetauscht, ist für die Kindergärten und die Schulzimmer kein neues Mobiliar vorgesehen. Es ist nicht nötig. Dasselbe gilt für die Kücheneinrichtungen der Tagesschule. Die werden mitgenommen. Bei den baulichen Massnahmen, das ist das umfangreiche Dokument, welches ihr einsehen könntet auf der Gemeindeverwaltung, handelt es sich um eine Machbarkeitsstudie. Aus Kostengründen haben wir auf eine Detailplanung zum jetzigen Moment verzichtet. Diese werden wir erst bei der Annahme der Vorlage durch die Stimmenden in Auftrag geben. Also am 18. Mai 2014, wenn alles seinen Weg läuft. Aus demselben Grund haben wir auch auf Varianten verzichtet. Wir haben uns gesagt, in einer Machbarkeitsstudie muss man nicht noch Varianten testen. Der Preis bleibt sich ungefähr gleich. Bei den 2.1 Mio. Franken handelt es sich um eine absolute Obergrenze. Wir wollen nicht, dass später ein Nachkredit eingefordert werden muss. Im Projektplan haben wir eine ausführliche Chancen- und Risikoplananalyse durchgeführt. Beim ersten Mitwirkungsanlass im August 2013 haben wir die positiven und negativen Aspekte, der Mitwirkenden, auch die der Lehrpersonen gesammelt. Die Zusammenstellung ist seit dem 9. September 2013 auf der Worber Website aufgeschaltet. Das ist nachvollziehbar, was dafür allenfalls dagegen spricht. Das vorliegende Projekt ermöglicht es, das bewährte Modell Manuel weiter zu führen. Dies garantiert sowohl Stabilität als auch die Flexibilität, das Modell weiter zu entwickeln, zu verändern. Das Projekt spart auch finanzielle Aufwendungen der Gemeinde. Und dies, ohne dass die Bildungsqualität leidet. Im Gegenteil. Wir sind uns sicher hier alle einig, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern eine möglichst gute Ausbildung anbieten wollen. Eine Ausbildung, die ein breit gefächertes Bildungsangebot für alle Worber Schülerinnen und Schüler garantiert. Das Modell Manuel mit seiner grossen Durchlässigkeit hat sich in der Gemeinde Worb mehr als bewährt. Manuel ist mit 66% aller Schulen des Kantons Bern das mit grossem Abstand am meisten verwendete Schulmodell. Das kommt nicht von ungefähr. Es ist zugleich von allen Modellen das finanziell günstigste. Aber: Kann die Zentralisierung nicht umgesetzt werden, so erfahren beide Standorte, sowohl Rüfenacht als auch der Worboden, eingreifende Veränderungen. Es würden sowohl im Worboden als auch in Rüfenacht je mindestens eine Klasse geschlossen werden. Der Kanton erlaubt keine Klassen mit 13 oder 14 Schülerinnen und Schüler mehr. Wir können das Schulmodell Manuel, das sich über all die Jahre bestens bewährt hat, nicht aufrechterhalten. Wir können nicht einmal das Modell Spiegel jedes Jahr umsetzen. Im Modell Spiegel sind Real- und Sekundarklassen des gleichen Jahrgangs gemischt. Wir werden jahrgangsgemischte und real- und sekundargemischte Klassen bilden. Also sowohl horizontal als auch vertikal muss gemischt werden. Die Kinder der Oberstufe müssen jedes Jahr eine neue Zusammensetzung ihrer Klasse befürchten. Und auch die Lehrpersonen haben jedes Jahr eine neu zusammengesetzte Klasse zu unterrichten. Wollen wir das? Wollen wir das, wenn wir eine Alternative haben? Wir wollen doch den Kindern, den Eltern und auch den Lehrpersonen Stabilität garantieren. Das können wir aber nur, wenn wir in der Gemeinde Worb eine einzige Oberstufe haben. Viele Gemeinden können mittlerweile das Modell Manuel nicht mehr anbieten, weil sie zu wenig Schülerinnen und Schüler haben. Nutzen wir doch unsere Chance. Mit der Zentralisierung können wir über Jahre das bewährte Modell weiterführen. Was passiert, wenn sich zeigen würde,

dass ein anderes Modell geeigneter wäre? Das Modell Manuel ist in der Lage sich zu verändern. Man kann es weiter entwickeln. Im Moment hört man immer wieder Stichworte wie die Mosaikschule oder auch interessant ist das Churer Modell. Ja vielleicht, wenn ich an unsere Schulleitungspersonen denke, entsteht in Worb gar ein Worber Modell, wer weiss. Aber, die Entwicklung und die Einführung eines neuen Schulmodells braucht Zeit. Es braucht Zeit zur Entwicklung. Es braucht Zeit zur Umsetzung. Das geht nicht in einem einzigen Jahr. Ich mache keinen Hehl daraus. Die Zentralisierung der Oberstufe ist auch eine Sparvorlage. Schon wieder wird gespart bei den Kindern, bei den Schülerinnen und Schülern. Tatsächlich sparen wir ab der Einführung der Zentralisierung, jährlich CHF 209'000.-. Das ist viel Geld. Ich bin aber nicht bereit, Geld auf dem Buckel der Schülerinnen und Schüler zu sparen. Selten generiert ein Sparprojekt einen Mehrwert. Hier aber ist es so. Wir können das Modell Manuel aufrechterhalten, wir können das Wahlfachangebot ausbauen und wir können eine spezielle Sekundarklasse führen. Wir bieten Stabilität und Kontinuität in drei, allein schon wegen der Berufswahl, so wichtiger Schuljahre, der Oberstufe. Ich habe vorab von vielen Lehrpersonen der Schule Rüfenacht immer wieder die Befürchtung gehört, dass bei einer Zentralisierung Stellen gestrichen würden. Ich verstehe die Angst, den Job zu verlieren, wenn eine Schule verändert wird. Ich kenne es aus eigener Erfahrung. Wie aber im Abklärungsbericht festgehalten ist, besteht diese Gefahr nicht. Wir können den Stellenabbau problemlos mit den natürlichen Fluktuationen auffangen. Die Schulwegsicherheit ist für uns alle, auch im Projektteam, ein ganz wichtiges Thema. Die Sicherheit des Schulweges muss zwingend gewährleistet sein. Wir haben dies von zuständigen Fachpersonen abklären lassen. Den Bericht habt ihr einsehen können. Ich habe am Informationsanlass im vergangenen Dezember deutlich gemacht, dass ich mich mit dem Resultat, das im Bericht ersichtlich ist, nicht zufrieden geben will. In der Botschaft könnt ihr nachlesen, dass wir die Schulwegsicherheit erhöhen wollen. Wichtig scheint mir aber in diesem Zusammenhang, dass wir ganz klar vor Augen haben, dass wir von Oberstufenschülerinnen und Oberstufenschülern sprechen. Aber noch einmal: Bei der Umsetzung der Vorlage werden wir uns sofort und intensiv weiter mit diesem Thema auseinandersetzen. Bereits vor einem Jahr habe ich hier im Parlament gesagt, dass, bevor man sparen kann, man investieren muss. Unterdessen kennen wir die Rahmenzahlen. Die Details habt ihr dem Architektenbericht „Umnutzung Schulhaus Rüfenacht/Worb“ entnehmen können. Zugegeben, der Betrag von 2.1 Mio. Franken erscheint hoch. Ich habe im Vorfeld auch nicht damit gerechnet, aber ich bin kein Architekt und kann das nicht abschätzen. Vielleicht kann ich noch anfügen, dass in Rüfenacht so oder so bauliche Anpassungen geplant sind. Allein CHF 402'000.- von diesen 2.1 Mio. Franken sind für nötige Sanierungen und eine Nottreppe im Trakt 3 eingeplant. Das muss man so oder so umsetzen. Also dann wären wir irgendwo noch bei 1.7 Mio. Franken. Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um eine Machbarkeitsstudie. Ich bin bereits bei der Beantwortung der Fragen der GPK darauf eingegangen. Bewusst haben wir die 2.1 Mio. Franken nicht irgendwie auf 1.9 Mio. Franken runter gedrückt, damit wir allenfalls eine Volksabstimmung umgehen können. Wir wollen keine Situation, wie wir sie leider im Wislepark haben. Wir wollen Transparenz. Aus diesem Grund haben wir auch die zwei Teile „Zentralisierung“ und „bauliche Anpassungen“ miteinander verknüpft. Sie gehören zusammen. Ich wiederhole mich. Ich will ausgezeichnete Worber Schulen. Dazu gehören die pädagogischen Rahmenbedingungen, genau so wie die Infrastruktur. Die Aufteilung der Tagesschule auf zwei Standorte ist höchstens suboptimal und kann keine Dauerlösung sein. Zudem kommen die jährlichen Infrastrukturkosten auch für den Kindergartenpavillon in der Höhe von CHF 90'000.-. dazu. Und noch eine Bemerkung. Wir wollen doch den Bildungsfranken dort einsetzen, wo er der Schule, der Ausbildung und somit den Schülerinnen und Schülern zugute kommt. Sofort nach der Volksabstimmung werden wir die Detailplanung der baulichen Anpassungen einleiten. Schon bald beginnt die Umsetzung des Lehrplans 21. Dazu wird mehr Schulraum, mehr Lernumgebung, wie man neu im Deutsch sagt, benötigt. Die Gemeinde Worb wird sich diese Anpassungen an zwei Oberstufenstandorten nicht

leisten können und auch nicht leisten wollen. Mir schwebt viel mehr ein „Kompetenzzentrum Sekundarstufe“ vor. Die personelle Vergrößerung im Worboden erlaubt eine grosse Flexibilität. So können beispielsweise die Lehrpersonen Jahrgangsteams bilden. Hier sehe ich im Projekt sogar einen visionären Ansatz. Es findet eine stete Weiterentwicklung statt. Es klingt fast grotesk. Die Stabilität des Schulmodells Manuel gibt uns ein hohes Mass an Flexibilität. Ich fasse zusammen: Die Stabilität des Schulmodells und der pädagogische Mehrwert. Die günstigen finanziellen Auswirkungen, welche die Zentralisierung mit sich bringt. Die Garantie auf einen Arbeitsplatz für alle Lehrpersonen. Die baulichen Massnahmen, die zu einer organisatorischen Vereinfachung führen und schliesslich die Einführung und Umsetzung des Lehrplans 21 wie auch das „Kompetenzzentrum Oberstufe“. All dies ist zukunftsorientiert und garantiert, dass in der Gemeinde Worb auch weiterhin auf höchstem Niveau Schule gehalten wird. Geben wir der Veränderung ihre Chance. Unterstützt die Vorlage „Zentralisierung der Sek 1 im Worboden“, damit wir mit dieser Vorlage vor das Stimmvolk gehen können. Denn sie sollen letztlich entscheiden, was das Richtige für Worb ist. Die Vorteile überwiegen bei Weitem.

Ratspräsident Messerli Gregor: Bevor diese Gemeinderatssitzung heute Abend begonnen hat, hatte ich etwa 45 Minuten die Gelegenheit, mich mit den drei Schulklassen auszutauschen. Wir haben auch die Politik nachgeahmt. Sie konnten als Gemeinderäte ihre Voten am Mikrofon halten. Vier Voten waren es insgesamt. Die Voten waren inhaltlich gehaltvoll, humoristisch und dauerten nie länger als fünf Minuten. Ihr wisst das, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Sprechzeit für die Mitglieder des Grossen Gemeinderats auf fünf Minuten begrenzt ist. Ich bitte euch, diese Zeit einzuhalten. Als Information für die Schülerinnen und Schüler, der Gemeinderat und die vorberatenden Kommissionsmitglieder haben unbegrenzte Redezeiten. Mitglieder des Grossen Gemeinderats, welche ihre Voten abgeben werden, haltet die Sprechzeit von fünf Minuten ein. Hiermit übergebe ich das Wort dem Grossen Gemeinderat.

Jorio Nicola, GLP: Vorab möchte ich mich im Namen der GLP bei Christoph Moser für die weiterführenden Informationen und Beantwortung unserer Fragen im Rahmen der Fraktionssitzung herzlich bedanken. Die GLP hat sich intensiv mit dem vorliegenden, emotionalen Geschäft auseinandergesetzt und dabei die Vorlage primär aus der finanziellen und pädagogischen Sicht beurteilt. Ich werde im Folgenden auf die beiden Perspektiven eingehen. Aus finanzieller Sicht erachten wir das Geschäft als ungenügend vorbereitet, was eine objektive Beurteilung möglicher Einsparungen verunmöglicht. Die Höhe der Einsparungen bei der Lehrerbesoldung ist innerhalb des Dokumentes widersprüchlich. Zudem wurden Mobiliareinrichtungs- und insbesondere neu entstehende Betriebskosten im Worboden nicht berücksichtigt. Auch zusätzliche Massnahmen zur Sicherung des äusseren Staldens, gemäss Seite neun im Dossier, könnten finanziell stark ins Gewicht fallen. Wir zweifeln stark daran, ob bei einer Vollkostenrechnung massgebende Einsparungen übrig bleiben. Aus diesem Grund betrachten wir das vorliegende Geschäft als keine ernstzunehmende Sparmassnahme und finden es falsch die Vorlage als solche dem Stimmbürger und Stimmbürgerin zu verkaufen. Die pädagogische Sicht wurde mit der vorliegenden Studie mit verschiedenen Varianten vollumfänglich dargestellt. Wir erachten das bisher angewandte Modell Manuel 3a mit Jahrgangsklassen und getrennten Real- und Sekundarschule als das Geeignetste, um unser Legislaturziel, „Leistungsschwache und -starke fördern“ zu erreichen. Zudem können mit der Zentralisierung der Sekundarstufe spezielle Förder- und Leistungsklassen angeboten werden. Ein Angebot, welches das Worber Bildungsangebot, langfristig stark aufwerten wird. Den Schulweg von Rüfenacht nach Worb betrachten wir in allen Jahreszeiten als vertretbar. Auch die Rüfenachter Schüler profitieren schlussendlich von einem besseren Bildungsangebot. Bei der Gegenüberstellung der finanziellen und pädagogischen Vor- und Nachteile sind wir zum Schluss gekommen, dass die pädagogischen Vorteile über-

wiegen. Aus diesem Grund unterstützt die GLP die Zentralisierung der Sekundarstufe, damit auch längerfristig leistungsschwache und –starke Schülerinnen und Schüler in Worb gefördert werden können.

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: Aufgrund der Mitwirkungsanlässe können wir davon ausgehen, dass die Zentralisierung bei vielen Bewohnerinnen und Bewohnern von Rüfenacht nicht auf Begeisterung stossen wird. Ich verstehe sie. Konnte ich mir doch bei einem Besuch der Schule selbst ein Bild machen. Das pädagogische Konzept, die Kinder vom Kindergarten bis zur 9. Klasse in derselben Schule zu begleiten, bringt Stabilität und Kontinuität. Vor allem für die vielen Kinder mit Migrationshintergrund. Rüfenacht besitzt eine ausgezeichnete und durch Schulleitung und Lehrpersonen sehr kompetent, und mit viel Herzblut geführte Schule. In den Aussenorten von Worb sind die Oberstufenklassen allerdings schon seit Jahren geschlossen. Auch meine Kinder machten den Schritt von Enggiststein nach Worb. Sie erhielten die Möglichkeit, ihren Horizont vom kleinen Dorfschulhaus in die grosse Schulanlage, Jahrgangsklassen, mehrere und anderer Lehrer zu erweitern. Sie konnten neue, wertvolle Erfahrungen sammeln und ihren Kollegenkreis erweitern. Nachfolgend die jeweiligen Pro- und Kontra-Argumente der EVP-Fraktion. Pro: Das bewährte Schulmodell Manuel mit separaten Real-, Sek- und speziellen Sekundarklassen kann weitergeführt werden. Mit dem Modell Manuel sind ausgeglichene Klassengrössen möglich. Bei einer Ablehnung müssten neue Modelle diskutiert werden. Das Einführen von Mehrjahrgangsklassen oder gemischten Klassen, Real und Sek, wäre unumgänglich. Das Führen grosser Klassen von Kleinklässlern bis angehende Gymnasiasten wäre eine sehr grosse Herausforderung für Schüler und vor allem die Lehrer. Die anderen Oberstufen der Aussenorte in Worb sind seit langem im Worboden. Die Platzprobleme der Tagesschule und des Kindergartens in Rüfenacht könnten gleichzeitig gelöst werden. Das Halten der Bildungsqualität steht im Vordergrund, nicht die langfristige Kosteneinsparung oder die 2 Mio. Franken Investition. Kontra: Grosse Schulanlagen bieten mehr Konfliktstoff, Streitereien und Mobbingsituationen. Das gut funktionierende pädagogische Konzept der Schule Rüfenacht bis und mit Oberstufe, geht verloren. Längere Schulwege: Die Wintermonate sind zum Teil mit dem öffentlichen Verkehr nicht gut abgedeckt. Nicht allen Schülern wird es zeitlich reichen, mittags nach Hause zu gehen. Die EVP-Fraktion legt aber Wert auf eine gesunde Ernährung und auf ein gemeinsames Mittagessen in der Familie. Die hohe Anfangsinvestition von 2 Mio. Franken wäre ohne Zentralisierung nicht nötig. Im Finanzplan, wir haben es gehört, ist übrigens nur 1. Mio. vorgesehen. Vorgeschlagen wird nur die Zentralisierung und das Schulmodell Manuel. Alternative Modelle wurden keine ausgearbeitet. Die verschiedenen Kulturen an den verschiedenen Schulen sollten auch verschiedene Modelle zulassen. Der Kanton krempelt zurzeit die Bildungsstrukturen stark um. Es ist der falsche Zeitpunkt, jetzt solche einschneidenden Massnahmen zu verwirklichen. Sie sehen, die EVP-Fraktion ist sich nicht einig. Der Entscheid fiel mir persönlich, gerade als Bewohnerin eines Aussenortes, nicht leicht. Als Mitglied der Bildungskommission fühle ich mich aber verpflichtet, mich für das Wohl der Jugendlichen und für eine möglichst gute Bildung in der ganzen Gemeinde einzusetzen. Aus diesem Grund ist für mich das Schulmodell Manuel und damit die Zentralisierung eine gute Lösung. So können wir an unseren Schulen trotz Sparmassnahmen des Kantons weiterhin ein hohes Bildungsniveau anbieten. Eine gute Schulwegsicherheit, akzeptable Lösungen für die Wintermonate und die Ermöglichung der Mittagspausen zu Hause, sind mir ein Anliegen. Die EVP-Fraktion ist geteilter Meinung und wird auch unterschiedlich abstimmen.

Läderach Christof, BDP: Wenn wir wollen, dass alles so bleibt wie es ist, müssen wir zulassen, dass sich alles verändert. In diesem, mit starken Emotionen geprägten Geschäft, muss man sich vor Augen halten, dass ab dem Sommer 2015 in der Oberstufe der Gemeinde Worb nichts mehr so ist, wie es jetzt ist. Egal wie die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sich im Mai 2014 entscheiden. Das

Modell Manuel 3a kann nur bei einer Zentralisierung der Oberstufe weitergeführt werden. Dieses Schulmodell wurde sorgfältig aufgebaut, weiterentwickelt und auch von der Bevölkerung als Stärke bezeichnet. Der längere Schulweg wurde als zumutbar betitelt und wird im Winter mit einem strammen Marsch auch dazu beitragen, dass sich die Jugendlichen wieder vermehrt auch der Bewegung zuwenden ohne grosse Fitnesskosten zu verursachen. Werte Schülerinnen und Schüler, Anwesende sind selbstverständlich ausgeschlossen. Das gilt für Worber Schüler aus der Lindhalde sowie für die Rüfenachter. Unsere Grossväter und Väter wussten schon wieso der Standort des roten Schulhauses an den Ortsrand Richtung Rüfenacht ausgewählt wurde. Standortemotionen müssen wir versuchen auszublenden. Als ehemaliger Bewohner von Rüfenacht versuche ich mir vorzustellen, wie ich heute entscheiden würde, wenn mein Wohnsitz noch Rüfenacht wäre. Unseren Nachkommen das bestmögliche Schulmodell zur Verfügung zu stellen und weiterhin die Stärken unserer Kinder zu fördern, steht für uns aber ganz klar immer und ganz besonders heute im Vordergrund. Die angeschlagene, finanzielle Situation in unserer Gemeinde darf nicht herhalten müssen, um solche Szenarien zu vollziehen. Den Nebeneffekt, dass längerfristig aber trotzdem gespart werden kann, freut sicher nicht nur unseren Finanzvorsteher. Die zu tätigen Kosten von gut 2.1 Mio. Franken sind kein Pappentier, dürfen aber nicht überbewertet werden, denn Teile davon würden in Zukunft trotzdem für Leitungen und Kindergartenpavillon-Revisionen anfallen. Wir erachten es zudem als wichtig, dass es zu keinen Entlassungen beim Lehrpersonal kommt. Der Arbeitsort ist für einzelne neu Worb oder Worb und Rüfenacht. Wir sind ganz klar der Meinung, dass das zumutbar ist, wenn man bedenkt, dass arbeitslosen Personen einen Arbeitsweg bis zu 100 Kilometern abverlangt wird. Wir werden nicht durch die Erinnerungen an unsere Vergangenheit weise, sondern durch die Verantwortung für die Zukunft stimmen. In diesem Sinne, und zum Wohle unserer Kinder, damit diese das bewährte Schulmodell 3a weiterhin besuchen können, empfiehlt die BDP-Fraktion der Zentralisierung der Oberstufe zuzustimmen.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Gestartet als Sparprojekt hat sich das Projekt Zentralisierung der Sekundarstufe weiterentwickelt. Während der Bearbeitung hat sich plötzlich herausgestellt, dass es bei diesem Projekt um weit Wichtigeres als Sparen geht. Es geht nämlich um den Erhalt und die Steigerung der Wober Bildungsqualität für unsere Kinder. Es ist ein emotionales Geschäft. Wieder will man Rüfenacht etwas wegnehmen. Man ist verunsichert. Man möchte beim alten Bewährten bleiben, denn das gibt Sicherheit. Aber, ich frage sie, was ist emotionaler als das Interesse für sein Kind das Beste zu wollen? Und genau das, liebe Ratsmitglieder, sollte uns doch als Mitverantwortliche der Worber Bildungslandschaft und den Eltern bei der Entscheidung über dieses Geschäft am Wichtigsten sein. Es ist mir wichtig noch einmal darauf hinzuweisen, dass uns auch bei einem Nein zu diesem Geschäft das alt Bewährte nicht bleiben wird. Der Kanton wird nämlich den schützenden Zaun um unser kleines Gärtchen um treten und er wird in Worb sowie in Rüfenacht mindestens eine Klasse schliessen. Mit den Folgen, dass weder in Rüfenacht noch in Worb das in der Gemeinde Worb im Jahr 2011 auf Herz und Nieren geprüfte und auf Grund dieser Prüfung von der Schulleitung, der Bildungskommission und vom Gemeinderat gewählte Schulmodell Manuel 3a, weitergeführt werden kann. Dies bedeutet, wie bereits gesagt wurde, dass ein anderes Modell gewählt werden muss. Was für beide Schulstandorte die Folge hat, dass die Oberstufe in Zukunft jahrgangs- und stufengemischt unterrichtet werden muss. Und auch ich muss sie fragen. Wollen wir das? Haben wir genügend Lehrpersonen, die das wollen und auch können? Ich möchte darauf hinweisen, dass vor zwei Jahren die 5. und 6. Klasse von Richigen nicht nach Worb versetzt wurde, weil die Gemeinde das so wollte, sondern weil keine Lehrperson gefunden werden konnte, die so unterrichten wollte. Der nächste emotionale Punkt ist der Schulweg. Auch ich möchte darauf aufmerksam machen, dass wir hier von Oberstufenschülern 7. bis 9. Klasse sprechen. Dennoch ist es auch der SP wichtig, den bemängelten Punkten im Amtsbericht in Bezug zur Schulwegsicherheit mehr als die

gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Und ich bin sicher, dass Christoph Moser als Gemeinderat die auf Seite neun Absatz 2 versprochene Prüfung der zusätzlichen Massnahmen, bei einer Zustimmung der Stimmberechtigten zur Zentralisierung einhalten wird. Der dritte emotionale Punkt sind die 2.1 Mio. Franken für den Umbau in Rüfenacht. Hier ist es wichtig, sich bewusst zu sein, dass in den 2.1 Mio. Franken ca. CHF 402'000.- Sanierungskosten und Kosten für die Sicherheit enthalten sind, die auch bei einer Ablehnung dieses Geschäftes gemacht werden müssen. Durch die Integration der Tageschule und des Kindergartens erhält aber die Schule Rüfenacht zu dem klar einen Mehrwert. Müssen für die Tageschule und den Kindergarten andere Lösungen gesucht werden, was früher oder später unumgänglich ist, kommt dies mit Neubauten sicher teurer zu stehen. Ich könnte jetzt noch stundenlang über dieses Geschäft sprechen, habe aber leider eine Zeitbeschränkung. Darum das Wichtigste in Kürze: Die Fraktion der SP Worb wird diesem Geschäft aus folgenden Punkten mehrheitlich zustimmen. Das Schulraumangebot wird ökonomisch und optimal genutzt. Der Worboden hat zu viel Schulraum, Rüfenacht zu wenig. Der Schulstandort Rüfenacht wird aufgewertet durch die Integration der Tageschule und des Kindergartens. Die Organisation und der Betrieb der Tageschule Rüfenacht wird vereinfacht, da nur noch ein Standort vorhanden ist. Das Schulmodell Manuel 3a kann erhalten bleiben, das bedeutet für die Schüler mehr Stabilität, mehr Flexibilität, ein breiteres Wahlfachangebot, und die Möglichkeit die spezielle Sekundarschule zu besuchen. Die Stelleneinsparungen bei Lehrpersonen können durch die normale Fluktuation aufgefangen werden und es sind keine Entlassungen erforderlich. Und zu guter Letzt wird für all diesen Mehrwert die Gemeinde noch um CHF 209'000.- jährlich entlastet.

Kämpfer Erwin, FDP: Auch wir danken Christoph Moser für seinen ausführlichen Einsatz zu dieser Botschaft. Es zeigte sich bereits früh, dass es eine emotionale Angelegenheit ist. Insbesondere wenn über die Bildungsqualität gesprochen wird. Zudem, wie wir auch schon gehört haben, muss wie oft festgestellt werden, dass Veränderungen die Menschen verunsichert. Ich möchte mich hier auf Gregor Messerli beziehen und werde nicht alles wiederholen was bereits gesagt wurde und möchte mich auf das beschränken, was wir als wichtig bezeichnen. Im Kanton Bern wird das Schulmodell 3a weitherum eingesetzt. Es hat sich somit nicht nur im Kanton Bern, sondern auch in der Gemeinde Worb bewährt. Und mit der vorgesehenen Zentralisierung kann man die Weiterführung gewährleisten. Wir von der FDP stellen uns hinter diese Bildungsqualität. Damit wir die Botschaft ein bisschen besser darstellen können und vor allem die wichtigen Informationen auch klar zum Ausdruck kommen, wäre es eigentlich wichtig, dass die Botschaft auch entsprechend angepasst wird, dass die Stimmbürger wissen, weshalb sie abstimmen und sie nicht mit Unsicherheiten belastet sind. Wir würden gerne drei Empfehlungen abgeben für die Ergänzung und für die Änderung dieser Botschaft vielleicht zu prüfen. Wie wir es auch schon gehört haben, sind die Chancen/Nutzen hervorzuheben. Wir wissen aufgrund der Auflagen vom Kanton, dass es in der Schule Rüfenacht und Worb Schliessungen geben wird. Das heisst, es wird Leerräume geben, welche optimal genutzt werden sollten. Und die Zentralisierung der Sekundarstufe 1 reagiert genau auf dieses Vorgehen. Diese Voraussetzungen müssten noch klarer in der Botschaft zum Ausdruck kommen, dass die Chance welche uns aufoktroiert wird, dass diese der Gemeinde Worb zu gute kommt. Nebst dem erwähnten erweiternden Bildungsangebot, welches sich zeigt, ergeben sich auch noch Betriebseinsparungen. Diesen Aspekten sollte Rechnung getragen werden. Als zweite Empfehlung möchten wir Kostentransparenz und Standardfragen nennen. Vorweg, die FDP hat sich natürlich erhofft, dass mit der Zentralisierung höhere Einsparungen erzielt werden können, als heute in der Abstimmungsbotschaft dargelegt ist. Bei den aufgezeigten Kosten von 2.1 Mio. Franken haben wir gehört, dass dieses auf einer Machbarkeitsstudie beruhen. Vor uns liegt eine Grobkostenschätzung im Sinne eines Grundsatzentscheides. Sollte diese Botschaft aber angenommen werden, bedeutet dies nicht dass wir einen Kredit von 2.1 Mio. Franken gesprochen haben, denn wie wir auch gehört haben sind in diesen Kosten

auch andere Kosten enthalten und zudem, das scheint uns als besonders wichtig, müsste man die Überprüfung der Standards damit auch aufnehmen. Auf „nice to have“ könnte allenfalls verzichtet werden und dies würde einen Spareffekt auslösen. Und zudem sind Zweitmeinungen einzuholen. Eine transparente Darstellung in der Botschaft wäre hier sehr förderlich. Und drittens, Konzentration auf die Sachgeschäfte. Zur Eindämmung der Emotionen, welche wir überall hören, und im Interesse der Sache, sollte die Botschaft ausschliesslich das Geschäft betreffende Inhalte aufweisen. Informationen wie zum Beispiel die Zukunft von Rüfenacht, die keinen direkten Zusammenhang haben mit diesem Geschäft, sollten doch aus der Botschaft gestrichen werden. Als etwas Positives erachten wir das erweiterte Bildungsangebot, wie zum Beispiel die spezielle Sekundarklasse. Auch ein Schulweg trägt zur Entwicklung eines Schulkindes bei. Klar kann dies als positiv oder negativ betrachtet werden. Es wird jährliche Betriebseinsparungen geben. Dies betrachten wir ebenfalls als positiv, denn für die heute direkt betroffenen Eltern und Schüler werden diese Veränderungen in fünf Jahren eine normale Voraussetzung sein. Was dagegen spricht, sind die Veränderungen, welche Verunsicherungen auslösen. In Rüfenacht wird keine Sekundarstufe mehr geführt. Zudem ist die Schulwegdiskussion nicht abzuwerten. In diesem Geschäft sehen wir eine hohe Bedeutung für Worb. Wir bitten den Gemeindepräsidenten und den Gemeinderat dieses Geschäft zum Erfolg zu führen. Die FDP-Fraktion ist nicht gleicher Meinung in diesem Geschäft. Wir stimmen jedoch mehrheitlich mit der Empfehlung der Änderungen für das Geschäft.

Wermuth Bruno, SVP: Es wurde schon viel Wichtiges gesagt und ich möchte mich deshalb auf zwei Punkte von der vorgelegten Botschaft beschränken. Wie kann ich als Bauer den pädagogischen Hintergrund einer Schule beurteilen? Wenn die Lehrpersonen gefragt werden, wie sie die Situation beurteilen, sind ganz unterschiedliche Meinungen zu hören. Ich konnte daraus entnehmen, dass sich das Modell Manuel sicherlich in der Gemeinde Worb bewährt hat. Das Modell bedingt jedoch, dass eine gewisse Anzahl von Schülerinnen und Schülern an der Schule sind, damit dieses Modell erfolgreich weitergeführt werden kann. Schlussendlich sind die Lehrpersonen, welche das Modell umsetzen müssen, ausschlaggebend. Auch andere Modelle wie eine Mosaikschule, das Twanner- oder Spiegelmodell sind umsetzbar. Für die Einführung benötigt es eine gewisse Zeit und der Erfolg ist von den Lehrpersonen abhängig. Im Moment ist das Schulmodell Manuel sicherlich das richtige Modell für Worb. Aber mit veränderten Schülerzahlen muss das Modell überprüft werden. Andere Modelle können qualitativ genauso erfolgreich sein wie das Schulmodell Manuel 3a. Dies ist für mich in der Botschaft zu wenig stark erwähnt. Dies wird von der SVP-Fraktion bemängelt. Wir möchten auf einen weiteren Punkt in der Botschaft hinweisen. Die GLP war die einzige Partei, welche darauf hingewiesen hat, dass die Zahlen in der Botschaft nicht korrekt sind. Die Zahlen müssen korrigiert werden, denn sie entsprechen nicht der Wahrheit. (Folienauflage. Die Protokollführerin). Im Abklärungsbericht ging man von Einsparungen in der Höhe von CHF 275'000.- bei der Lehrerbesoldung infolge der Zentralisierung der Sekundarstufe aus. Die Entlastung die im Abklärungsbericht und auf der Vorlage ersichtlich ist, stimmt in beiden Varianten. Bei den Abschreibungen ist die Differenz ersichtlich, welches einen Zusammenhang hat mit dem neuen Abschreibungs-Modell, wobei es sich hier um eine lineare Abschreibung handelt. Dies hat zur Folge, dass die Abschreibungen weniger kosten. Daraus ergibt sich dann die Differenz an Einsparungen im Betrag von CHF 209'000.-. Mit diesen CHF 209'000.- möchte man vor das Volk treten. Die Tatsache ist aber die, dass sowieso zwei Schulklassen geschlossen werden müssen. Dadurch, dass dann zwei Stellen gestrichen werden, können zirka CHF 186'000.- gespart werden. Der Betrag, welcher bei der Belastung der Tagesschule ersichtlich ist, beläuft sich auch CHF 88'000.-. Dies wäre, wenn bei der Tagesschule nichts verändert wird. Wenn die Einsparungen in der Höhe von CHF 97'000.- dann den CHF 209'000.- abgezogen werden, ergibt sich eine effektive Einsparung von CHF 112'000.-. Ich möchte, dass dem Volk korrekte Zahlen dargelegt werden. Das Volk wird merken,

wenn die Zahlen nicht korrekt sind und das darf nicht passieren. Aus diesem Grund verlangen wir vom Büro des Grossen Gemeinderates eine transparente Kostendarstellung in der Vorlage. Die effektiven Einsparungen, die zugunsten der Gemeindekasse sind, sollten bezüglich der Zentralisierung in der Vorlage genau dargelegt werden.

Zeh Weissmann Heiko, SP: Ich stehe hier als Bewohner von Rüfenacht und als direkt betroffener Vater, stellvertretend für viele besorgte Familien in Rüfenacht. Ich werde mich vor allem zur Sicherheit vom Schulweg äussern. Die Beratungsstelle für Unfallverhütung, BfU, sagt ganz deutlich, dass die 10 bis 14-jährigen Velofahrer das grösste individuelle Risiko auf dem Schulweg haben. Die Sicherheitsprobleme auf dem Schulweg entstehen in der Regel immer durch das Fehlverhalten einzelner oder mehrerer Verkehrsteilnehmer. Und auf dem Schulweg verhalten sich die Kinder eben nicht immer nach Verkehrserziehung. Auf dem Heimweg, teils in der Dunkelheit, fahren die Schülerinnen und Schüler auch mal nebeneinander den äusseren Stalden hoch. Das wird gefährlich, wenn ein Auto von oben kommt. Der äussere Stalden ist nur von unten als Schulweg signalisiert. Heute wird der Stalden eher punktuell als Schulweg genutzt. Wenn aber 100 Oberstufenschüler wegen der Blockzeit mehr oder weniger auf einmal hier durchfahren, wird die eine Tafel dem erhöhtem Risiko und auch dem erhöhten Verkehrsaufkommen nicht mehr gerecht. Wenn man mit dem Velo von oben kommt, ist schon heute das Kreuzen mit einem von unten kommenden Auto mit einer teils nicht angepassten Geschwindigkeit selbst für geübte Velofahrer eine heikle Angelegenheit. Wenn es pressiert fährt niemand im Schrittempo mit dem Velo runter. Wurden die zwei tödlichen Unfälle von Kindern und Jugendlichen vor zirka 30 und vor 10 Jahren beim äusseren Stalden bei der Abwägung der Massnahmen berücksichtigt? Im Abklärungs- und Amtsbericht wurde nichts davon erwähnt. Beim quasi Nichtstun ist einfach keine Sicherheitsmarge drin und bedingt, dass sich alle Schüler immer vorbildlich verhalten, was sie allein eventuell machen, aber in der Gruppe eben nicht unbedingt. Und im Winter verhängt die Schulleitung ein Velo-Fahrverbot für die Rüfenachter Schüler? Realistisch betrachtet werden trotz Angebot des öffentlichen Verkehrs viele Schülerinnen und Schüler trotzdem im Winter Velo fahren. Wie kann auch erreicht werden, dass nicht Elterntaxis die Velofahrenden oder die Kinder, welche laufen, im äusseren Stalden und bei der Schule Worboden gefährden? Wenn schon, sollte als „Gentleman-agreement“ eine weniger problematische Route zum Beispiel via Langenloh und Worbstrasse vereinbart werden. Gemäss Amtsbericht der Schulwegsicherheit stehen zum äusseren Stalden zwei Sätze. Im Kurvenbereich sind die Sichtverhältnisse nicht optimal. Mit der Beseitigung der Büsche, auch gemäss Nachfrage bei der Kantonspolizei, eher eine Sofortmassnahme und nicht mehr, könnten die Sichtverhältnisse verbessert werden. Hier ist weiter zu bemerken, dass der äussere Stalden wie der Schlosstalden ein Verkehrsweg von nationaler Bedeutung ist. Gemäss IVS ist die „alte Landstrasse“ Bern-Langnau aus dem 18. Jahrhundert im Abstieg nach Worb leicht in das Gelände eingetieft. (Folienauflage. Die Protokollführerin). Gerade wegen diesem unübersichtlichen Einschnitt reicht es nicht aus, nur ein paar Büsche zu entfernen. Dieser ans Gelände angepasste und geschwungene Hohlweg ist eben keine modern angelegte und übersichtliche Strasse. Und jetzt kann man hier mit 40 km/h durch die unübersichtliche Kurve durchfahren? Wir haben, als Schüler im Worboden, vor 30 Jahren auf dem Heimweg im Schlosstalden zu viert die Velos nebeneinander hochgeschoben. Kein Problem. Im Schlosstalden gibt es ja auch einen Zubringerdienst und ein Fahrverbot. Warum können beim äusseren Stalden die Autos nicht auch aussen herum fahren? Das scheint mir für die Autofahrer mindestens so zumutbar wie der neue Schulweg für die Schüler von Rüfenacht. Die Schüler und Schülerinnen von Rüfenacht haben heute einen relativ sicheren Schulweg und sollen sich nun neu solch heiklen Stellen aussetzen. Hier geht es um die absolute Veränderung und nicht um die Zumutbarkeit im Vergleich mit anderen Schulwegen in der Gemeinde. Und zur Schulwegsicherung in anderen Gemeindeteilen ist zudem eine einfache Anfrage der SP vom 9. September 2013 pendent.

Gemäss BfU ist es eben auch eine Aufgabe der Behörden, Polizei, Bauverwaltung, Schule, für sichere Schulwege zu sorgen. Aber auch wenn der Schulweg als zumutbar eingestuft wird, sollten die gefährlichen Stellen lokalisiert und punktuell saniert werden. Gerade beim Zweiradverkehr wird bereits ein erhöhtes Sicherheitsniveau geschaffen, wenn der Gefährdungsgrad über den ganzen Weg konstant gehalten werden kann. Wie bereits erwähnt, habe ich bei der BfU und bei der Kantonspolizei nachgefragt. Gemäss BfU ist die Meinung der Kapo allgemein nicht sakrosankt und darf hinterfragt werden. Ich habe der Kantonspolizei die gerade erwähnten Grundsätze der BfU und die Besorgnisse vieler Rüfenachter Eltern mitgeteilt. Das Ergebnis zeigt sich wie folgt. Die Kapo und BfU unterstützen uns gerne bei einer vorsorglichen und bestmöglichen Lösung. Hand aufs Herz. Wer kann garantieren, dass im äusseren Stalden kein Unfall passiert? Als GGR-Mitglieder können wir unsere Verantwortung schon heute wahrnehmen und nicht erst dann, wenn sich der erste Unfall ereignet hat. Schade, dass die Zeit bis zur Abstimmung nicht für genaue und verbindliche Abklärungen genutzt wurde. Für die Machbarkeitsstudie der baulichen Veränderungen am Schulhaus war wohl genügend Geld da. In dieser Form ohne garantierte Zusicherung, ohne Budget, wie die GLP gesagt hat, für die Detailplanung und Ausführung und ohne klares Vorgehen kann ich dem Aspekt Schulwegsicherheit nicht meine Zustimmung geben. Die von Christoph Moser skizzierten Massnahmen sind notwendig, haben aber einen Makel. Sie müssen alle im Amtsanzeiger publiziert werden und können durch Einsprachen verzögert beziehungsweise verhindert werden. Doch was ist zu tun? Aufeinander zugehen wie beim Sonnenareal. Die Bewohner vom Dentenberg und von der alten Bernstrasse in Rüfenacht sollten einbezogen werden. Einen klaren Auftrag formulieren. Die Botschaft muss so formuliert werden, dass es klar wird, wie man die Verkehrssicherheit verbessern kann. Es wird eine erneute Begehung mit der Kantonspolizei mit den BfU-Vertretern benötigt. Es braucht auch kein teures Verkehrsplaner-Gutachten und keine teuren Baumassnahmen und eine dementsprechend verbesserte Wegsituation kommt nicht nur den Schülerinnen und Schülern zu Gute, sondern uns allen, die sich zwischen Rüfenacht und Worb, zu Fuss oder mit dem Velo, bewegen.

Wermuth Bruno, SVP: Hiermit möchte ich noch die Stimmabgaben der SVP mitteilen. Ein Teil wird den Änderungen im Bildungsreglement zustimmen, wobei ein anderer Teil der SVP die Änderungen ablehnt.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Vielen Dank für all die engagierten Voten und für euer Mitdenken, das ist eindrücklich. Mich freut es besonders, dass niemand das Weiterführen des Modells Manuel bestreitet. Tatsächlich ist die Vorlage eine zweigeteilte. Es ist eine pädagogische, wie auch eine finanzielle Vorlage. Als ich vor einem Jahr dieses Projekt übernommen habe, waren für mich eigentlich das Sparen und das Schulraumoptimieren im Vordergrund. Je tiefer wir uns dann mit dem Thema befasst haben, desto mehr hat sich die Situation gewandelt. Und heute ist es für mich zu allererst eine pädagogische, und dann eine finanzielle Vorlage. Wir haben zu erklären versucht, dass nicht so viel eingespart werden kann, wie wir ursprünglich gedacht haben. Ich will auf einzelne Fragen, so gut ich mich erinnern kann, eingehen. Ich beginne bei der GLP. Ihr werft uns vor, die ganze finanzielle Sache sei nicht gut vorbereitet. Das nehme ich so in Kauf. Ich weiss aber nicht genau, was für widersprüchliche Angaben ihr meint, denn die Zusammenfassung ist in der Botschaft auf der Seite zehn ersichtlich. Die Lastenverteilung Lehrerbesoldung, das sind überall, diese CHF 275'000.- und dem gegenüber stehen dann natürlich die Belastungen. Wir können das gerne nach der Sitzung noch genauer anschauen. Dann komme ich zur EVP. Da ist mir etwas wichtig anzumerken. Ihr habt die grosse Schulanlage in Frage gestellt, da ein Oberstufenzentrum dieser Grösse Gefahren bergen würde. Das ist tatsächlich möglich, aber das Oberstufenzentrum im Worboden wird in der Landschaft der

Schweizer Schulen eher ein mittelgrosses sein. In Münsingen oder Belp sind die Oberstufenzentren weitaus grösser. Es gibt Oberstufenzentren mit 1'000 Schülerinnen und Schülern. Wir bewegen uns da in einem überblickbaren Raum. In der Anlage im Worboden werden nach der Zentralisierung knapp 300 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Das Schulhaus ist wesentlich für mehr gebaut worden. In seiner Zeit, das hat mir Alfred Künzi, der Hauswart vom Worboden gesagt, seien 576 Schülerinnen und Schüler in den zwanzig Schulzimmern verteilt worden. Nun möchte ich auf die FDP zurückkommen. Ihr habt ganz viele Vorschläge zur Anpassung der Botschaft gemacht. Das können wir hier nicht beschliessen, aber wir geben diese Angelegenheit sehr gerne in das Büro, damit sie sich mit der Anpassung der Botschaft befassen können. Davon bin ich überzeugt und setze mich auch ein. Dann zur SVP. Es ist ganz klar und unbestritten, dass man auch mit anderen Schulmodellen unterrichten kann. Es ist aber so, dass das Schulmodell Manuel am weitesten verbreitet ist, weil es aus meiner Sicht, und da spricht jetzt die Lehrperson, das Geeignetste ist, welches das Kind am individuellsten fördern kann. Ich kann mich gerne in eine Modell-Diskussion einlassen, aber nicht hier und heute. Die Zahlen der Schuljahresplanung sind in der Tat schwierig nachzuvollziehen. Im Januar haben wir vom Kanton erfahren, dass wir weit mehr Lektionen einsparen müssen als wir gedacht haben. Es werden allein auf der Oberstufe im nächsten Sommer 52 Lektionen eingespart werden müssen. Diese Zahlen haben wir aber nicht mehr berücksichtigen können, weil die Botschaft in diesem Zeitpunkt schon fertiggestellt war und die Botschaft noch in der Bildungskommission behandelt wurde. Deshalb sind die Zahlen nicht aktuell. Am 28. Februar 2014 findet die Sitzung mit der Schulinspektorin statt, an welcher diese Massnahmen genau beschlossen werden. Dies genügt, dass wir die angepassten Zahlen in die Botschaft aufnehmen werden. Und dann zum Parteifreund Heiko. Ich bin fast mit allem einverstanden und ich verstehe deine Befürchtungen und Ängste sehr. Ich darf dir versichern, dass mir die Schulwegsicherheit wirklich ein ganz zentrales Anliegen ist. Wir haben die Abklärungen gemacht. Am zweiten Informationsanlass habe ich mich darauf bezogen und geschildert, dass ich mit dieser Abklärung auch nicht glücklich bin. Wir werden weitere Abklärungen diesbezüglich machen und ich bin gerne bereit auch mit der BfU diese Sachen anzuschauen. Wir wollten diese Massnahme jedoch nicht vor der Abstimmung machen, da wir die Leute nicht verärgern wollten. Es hätte ja auch keinen Sinn gemacht, den äusseren Stalden für den Individualverkehr vorzeitig zu sperren wenn dann die Zentralisierung später abgelehnt wird. In diesem Fall müsste dann die Signalisierung wieder weggenommen werden. Ich hoffe sehr auf eine kreative Lösung. Wir werden uns damit auf jeden Fall mit ganz hoher Priorität befassen.

Zeh Weissmann Heiko, SP: Eine Antwort hat mir noch gefehlt. Wie wird die Botschaft geändert? Es ist mir ein Anliegen, dass die Abstimmungsbotschaft angepasst wird. Es soll nicht nur „prüfen“ stehen, weil bei einer Prüfung kann es auch sein, dass keine Massnahmen getätigt werden. Es soll aber eine Verbesserung für die Schülerinnen und Schüler geben. Die Einwohnerinnen und Einwohner, welche eine Einbusse in Kauf nehmen müssen, sollen rechtzeitig mit ins Boot geholt werden. Ich benötige zu diesem Vorschlag eine präzise Antwort, was von dieser Formulierung übernommen wird.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Wir können hier keine Änderungen der Botschaft beschliessen. Die Botschaft ist jetzt dann im Büro des Grossen Gemeinderates, welches allfällige Anpassungen vornehmen wird. Es ist für mich selbstverständlich, dass wir mit den betroffenen Leuten, vor allem vom Dentenberg, das Gespräch suchen. Wir werden nicht verordnen, sondern wollen gemeinsam mit den Direktbetroffenen nach Lösungen suchen. Sonst haben wir dann Schwierigkeiten mit den Einsprachen. Diese Prozedur wollen wir wenn möglich umgehen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 29 zu 5 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt. Somit ist zuhanden der Gemeindeabstimmung vom 18. Mai 2014 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Die Änderung des Bildungsreglements wird genehmigt.
2. Für die baulichen Massnahmen zur Zentralisierung der Sekundarstufe 1 in der Schulanlage Worboden und zur Integration der Tagesschule und von zwei Kindergartenklassen in der Schulanlage Rüfenacht wird ein Verpflichtungskredit von 2,115 Mio. Franken bewilligt.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

(Ratspräsident Messerli Gregor gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 21.20 bis 21.30 Uhr. Die Protokollführerin).

Jugendrat; Rechnung und Rechenschaftsbericht 2012/13: Kenntnisnahme

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 349	03.02.2014	7	2013/17-85	170	10/1/3

Detailberatung

Schweizer Hans Peter, ASK: Da der Präsident das Traktandum verschoben hat, konnte ich bei den Schülerinnen und Schülern, welche bis vor kurzem anwesend waren, keine Werbung machen. Die ASK dankt dem Kassier Raniero Russi für die sauber geführte Rechnung und sein Engagement für den Jugendrat. Die Finanzabteilung von der Gemeinde hat die Revision, die Empfehlung und die Stellungnahme vorgenommen. Besten Dank der Finanzabteilung. Die Hauptlorbeeren gehören unbestritten diesen Jugendlichen, welche sich für den Jugendrat einsetzen. Sie organisieren politische, sportliche und kulturelle Anlässe in der Gemeinde. Sie nehmen an kantonalen und nationalen Veranstaltungen teil. Wie im Rechenschaftsbericht ersichtlich ist, war der Jugendrat auch in diesem Jahr sehr aktiv. Wenige Personen bewegen viel für viele Personen. Diese Arbeit möchten wir von der ASK würdigen und wir ermutigen den Jugendrat weiter zu machen. Vielen Dank den Mitgliedern des Jugendrates für ihr Engagement, ihre Arbeit und wir wünschen ihnen viel Erfolg für die Zukunft. Die ASK nimmt zustimmend Kenntnis von diesem Jahres- und dem Rechenschaftsbericht.

Ratspräsident Messerli Gregor: Ich darf dazu sagen, dass wir vor der Sitzung starke Werbung für den Jugendrat bei den Jugendlichen betrieben haben.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Der Gemeinderat dankt dem Jugendrat Worb herzlich für die wertvolle Arbeit, die im vergangenen Geschäftsjahr einmal mehr geleistet worden ist. Die Buchhaltung und die Jahresrechnung stimmen überein und sind ordnungsgemäss geführt. Die Rechnung schliesst mit einem Gewinn von CHF 508.15 ab. Der Rechenschaftsbericht zeigt, dass sich der Jugendrat mit grossem Engagement für die Anliegen der Jugendlichen in Worb eingesetzt hat. Anlässe im Bereich Kultur, Sport und natürlich auch in der Politik wurden durchgeführt. Wir vom Gemeinderat wünschen dem Jugendrat unter der Leitung von Rachel Wetli und Simone Jörg weiterhin viel Freude und Befriedigung in seiner Tätigkeit. Ich gebe gerne bekannt, dass das bestehende Reglement für den Jugendrat in der nächsten Zeit überprüft wird. Aus Sicht des Jugendrates ist es Zeit, dass insbesondere die festgelegte minimale Mitgliederzahl des Jugendrates im Grossen Gemeinderat diskutiert wird. Der Gemeinderat beantragt, Rechnung und Rechenschaftsbericht des Jugendrates zur Kenntnis zu nehmen.

Wetli Rachel, Jugendrat: Es freut mich, Ihnen heute über das vergangene Amtsjahr berichten zu können. Auch im letzten Jahr war der Jugendrat wiederum durchaus präsent und gut aktiv. Sportliche, kulturelle wie auch politische Anlässe fanden vom Jugendrat organisiert statt. Zu den legendärsten Anlässen gehören auf jeden Fall der Weihnachtsball und die Unihockeynight. Der Tanzkurs, als Vorbereitung auf den Ball, war ein erfolgreicher und spassiger Nachmittag und steigerte die Vorfreude der Teilnehmer umso mehr. Dann war es endlich soweit und der Weihnachtsball stand bevor. Mit einem alkoholfreien Willkommenscocktail startete der ganze Abend. Er ging mit Tanzchoreographien und dem musikalischen Highlight der Band „Breakout“ weiter. Zum Schluss wurden natürlich auch noch Ballkönigin und Ballkönig gekürt. Die Unihockeynight war auch im letzten Jahr wieder ein voller Erfolg. Bis weit in die Nacht wurden fulminante Matches gespielt und um tolle Preise gekämpft. Der Jugendrat Worb wirkte auch wieder im kantonalen Berner Jugend-Grossratstag mit. In Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit und „Infoklick“ haben wir das Projekt „Jugend mit Wirkung“ in Angriff genommen, welches wir in diesem Jahr weiterführen. Seit vielen Jahren nimmt der Jugendrat Worb auch an nationalen Anlässen des Dachverbandes Schweizer Jugendparlamente (DSJ) teil. Dazugehören die Jugendparlamentskonferenz und die Delegiertenversammlung, die uns politisch und sozial weiterbilden. So können wir Kontakte zu Jugendparlamenten in der ganzen Schweiz pflegen. Obwohl es nicht immer einfach ist, neue Mitglieder für den Jugendrat zu finden, haben wir bereits wieder Nachwuchs in Aussicht. Natürlich freuen wir uns jederzeit über motivierten und engagierten Neuzugang. Wir bitten deshalb auch Sie, als bestandene Politikerinnen und Politiker für uns zu werben. Für weitere Informationen übergebe ich jetzt an Sophie Lerch und Liv Wetli.

Lerch Sophie und Wetli Liv, Jugendrat: Nun zum Bericht der Jahresrechnung 2012/13. Da der Kassier Raniero Russi und auch Simone Jörg, welche dessen Amt Ende des letzten Jahres übernommen hat, beide verhindert sind, haben wir uns als neuste aktive Mitglieder des Jugendrates bereit erklärt, diese Aufgabe für heute zu übernehmen. Gerne präsentieren wir Ihnen die Jahresrechnung 2012/13, abgeschlossen per 31. Juli 2013 des Jugendrats Worb. Die Revision dieser Rechnung erfolgte im September 2013 durch Herrn Rubi von der Finanzabteilung. Die Bilanzsumme beträgt CHF 15'085.- und hat gegenüber dem Vorjahr um CHF 6'920.- zugenommen. Bei Aufwendungen von total CHF 11'600.- und Erträgen von CHF 12'100.- ergibt sich ein Gewinn von CHF 500.-. Das Eigenkapital per 31. Juli 2013 beträgt CHF 8'148.-. Die vorgenannten Erträge enthalten im Wesentlichen folgende Positionen: Der Gemeindebeitrag von unverändert CHF 10'000.-. Spenden und Geschenke von CHF 500.-, dies sind CHF 200.- weniger als im Vorjahr. Eintritte von Anlässen ergibt total CHF 1'023.-, Erlöse von der Festwirtschaft CHF 63.-. Leider sind die Erlöse von der Festwirtschaft noch tiefer als in den Vorjahren. Der sonstige Ertrag beträgt CHF 525.-. Hier handelt es sich um die nicht auszahlbaren Sitzungsgelder aus den Jahren 2008 und 2009. Die wesentlichen

Positionen auf der Aufwandseite sind folgende: Preise und Vergütungen CHF 1'322.-, im Vorjahr waren dies CHF 1'191.-. Mieten und Versicherungen CHF 1'686.-, dies sind CHF 482.- als im Vorjahr. Für die Werbung gab es Aufwände von CHF 5'857.-, das sind rund CHF 600.- weniger als im Vorjahr. Die flüssigen Mittel betragen per 31. Juli 2013 rund CHF 15'000.-. Wir danken Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Wälti Sandra, SVP: Die SVP-Fraktion hat die Jahresrechnung und den Rechenschaftsbericht des Jugendrats zur Kenntnis genommen. Da sich ja einige Mitglieder des Jugendrats verabschiedet hatten, wurde das Organisationskomitee (OK) sicherlich vor eine grosse Herausforderung gestellt. Diese haben sie nach Ansicht der SVP gut gemeistert. Wir sind erfreut, dass im letzten Jahr wieder verschiedene Anlässe, sowohl politische als auch kulturelle, durchgeführt werden konnten. Die Unihockeynight ist schon seit Jahren in Worb, aber auch für junge Personen ausserhalb unserer Gemeinde, eine beliebte Veranstaltung. Es ist sehr wichtig, dass unser Jugendrat mit unseren Jugendlichen in Verbindung steht. Dies gelingt mit solchen Anlässen. Wir hätten uns gerne über die momentane Zusammensetzung und die aktuellen Ereignisse informiert. Jedoch haben wir festgestellt, dass die Website des Jugendrates nicht mehr existiert. Es wäre wünschenswert, dass die Internetseite wieder aufgeschaltet wird. Damit der Jugendrat wieder Zuwachs bekommt, ist es wichtig, die Jugendlichen von Worb nicht nur per Post, sondern auch persönlich anzugehen. Die Jungbürgerfeier bietet dazu die perfekte Gelegenheit. Wie wir dem Rechenschaftsbericht entnehmen konnten, war diese Feier auch geplant, konnte aber nicht durchgeführt werden. Dies ist bedauerlich. Wir hoffen jedoch, dass es dem engagierten OK des Jugendrates auch dieses Jahr gelingen wird, die Jungbürgerfeier wieder erfolgreich durchzuführen. Wir bedanken uns herzlich für den tollen Einsatz im letzten Jahr und wünschen dem Jugendrat im kommenden Jahr viel Erfolg, Elan und tolle Ideen.

Jörg Corinne, FDP: Es ist für mich eine besondere Ehre, dass ich nach einem Jahr zu meiner letzten Rede zum Jugendrat auf der anderen Seite stehen darf. Ich bin nicht das einzige Ex-Jugendratsmitglied im Parlament. Als langjähriges Mitglied des Jugendrates weiss ich, mit wie viel Aufwand die Arbeit im Jugendrat verbunden ist. Darum bringe ich von der FDP-Fraktion ein ganz herzliches Dankeschön allen vom Jugendrat an, welche heute Abend an- oder abwesend sind. Der Jugendrat hat auch im vergangenen Amtsjahr wieder einiges geleistet. Dies ist aus dem Rechenschaftsbericht ersichtlich. Es gab Anlässe für jede und jeden. Die Unihockeynight für die Sportlichen, den Ball für die Glamourösen oder der Berner Jugend-Grossratstag für die engagierten und interessierten Diskussionspartner. Wie wir in der Dezembersitzung erfahren haben, lastet die Verantwortung des Jugendrates auf ganz wenigen Schultern. Ihr dürft stolz auf euch sein. Ihr nehmt immer noch die Verantwortung wahr und gebt diese nicht einfach so ab. Ich weiss, dass es immer wieder solche Zeiten im Jugendrat gibt. Ich möchte euch ermutigen, dass ihr dranbleibt. Auch die neuen Mitglieder werden merken, wie toll es ist, im Jugendrat mit dabei zu sein. Wenn es für euch nicht mehr stimmt, dann könnt ihr es verändern, indem ihr Verantwortung übernehmt. Ich möchte euch für all das unbedingt motivieren. Probiert es mit neuen Anlässen, probiert es mit der Jungbürgerfeier im Wislepark, denn alle diese Anlässe könnten einen Erfolg geben. Als ich im Jugendrat war, mussten wir auch klein anfangen. Ich möchte auch den Politikerinnen und Politiker mitteilen, dass der Jugendrat ein grosser Lernprozess für jeden Einzelnen ist. Es ist nicht einfach so möglich, dass diese Personen eine Buchhaltung führen können. Es ist nicht einfach so möglich, dass kein Defizit bei einem Anlass entsteht. Das Parlament hat die Kompetenz, den Jugendrat zu unterstützen. Also, Jugendratsmitglieder, wenn Fragen bestehen, kommt ungeniert auf uns zu. In diesem Sinne nehme ich im Namen der FDP-Fraktion den Rechenschaftsbericht und die Rechnung vom Amtsjahr 2012/13 wohlwollend zur Kenntnis.

Le Fort Werthmüller Geneviève, SP: Ich kann nicht ganz so spontan sein wie es der Präsident wünscht, da Deutsch nicht meine Muttersprache, sondern meine vierte Sprache ist. Ein wenig Dialekt verstehe ich aber trotzdem. Die SP-Fraktion dankt dem Jugendrat für das grosse Engagement und die Motivation, aus welcher im Jahr 2012/13 tolle Aktivitäten entstanden. Wir freuen uns, dass ihr nicht nur kulturelle und sportliche Veranstaltungen organisiert, sondern auch politische Aktivitäten auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene initiiert. Gerne danken wir dem Jugendrat für den grossen Einsatz für Worb und für die Jugendlichen unserer Gemeinde. Wir würden uns aber vermehrt über einen Dialog freuen. Wie schon im letzten Jahr gesagt, ist es schade, dass der Austausch zwischen Jugendrat, GPK und ASK im Moment nicht mehr stattfindet. Ebenso würden wir GGR-Mitglieder gerne wieder die Einladungen für die Jugendratssitzungen erhalten. Das Projekt „Jugend mit Wirkung“ hat die Politik interessiert und wir wären froh, mehr darüber zu erfahren wie das Projekt weitergeht. Wir hoffen zudem, dass der Jugendrat auch in Zukunft etwas aktiver im Parlament wird. Vielleicht sogar mit ein paar Vorstössen. Wir wissen, wie schwierig es sein kann, neue Mitglieder zu finden. Speziell Mitglieder, welche bereit sind sich zu engagieren. Parteien und Vereine haben dieselben Probleme. Die Leute haben immer etwas Interessanteres zu tun oder keine Zeit. Auch bei den Jugendlichen ist dies so. Um das Interesse zu steigern, muss man auf sich aufmerksam machen und kommunizieren. Die Facebookseite ersetzt die alte Website. Facebook ist ein tolles Informationsmittel. Der Jugendrat ist mit über 300 Facebookfreunden sehr gut vernetzt. Worb hat ca. 560 Jugendliche im Alter von 14 und 18 Jahren. Die Facebookseite könnte aktiver sein. Acht Posts im Jahr 2013, vier davon waren für die Unihockeynight. Dies ist nicht gerade eine rege Nutzung. Der Jugendrat macht so viele interessante Angebote. Vielleicht sollten die Facebookfreunde mehr davon wissen und profitieren. Die Facebookseite liefert leider auch keine Informationen über die Personen im Rat. Wer sind die Personen und was machen sie? Noch eine Randbemerkung: Seit heute Abend bin ich die Jugendratsfreundin Nr. 312 und bin sehr stolz darauf. Ich hatte eine Einladung auf Facebook an den Jugendrat geschickt. Eine Woche lang war die Freundschaftsanfrage ausstehend, aber seit heute Abend sind wir befreundet. Die SP-Fraktion wünscht sich mehr vom Jugendrat zu hören, nicht nur via Facebook. Mit Freude nehmen wir von der Rechnung und dem Rechenschaftsbericht Kenntnis.

Jorio Nicola, GLP: Einmal mehr war es eine grosse Freude, den Rechenschaftsbericht des Jugendrats zu lesen. Wie in den vergangenen Jahren setzte der Jugendrat ein vielfältiges und innovatives Jahresprogramm um. Dabei ist es sehr vorbildlich, dass der Jugendrat nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf kantonaler und nationaler Ebene aktiv war. So hatte ich regelmässig die Möglichkeit, als Präsident des Dachverbands Schweizer Jugendparlamente mit Vertreterinnen und Vertretern des Jugendrats Worb an nationalen Veranstaltungen zusammen zu treffen. Im Zusammenhang mit möglichen Sparmassnahmen möchte ich euch darauf hinweisen, dass ein Jugendrat die kosteneffizienteste Art der Jugendarbeit und der politischen Jugendförderung ist. Im Gegensatz zu professionellen Jugendförderungsmassnahmen fallen beim Jugendrat keine Personal- und keine Verwaltungskosten an, da alle Aktivitäten und Projekte ehrenamtlich von Jugendlichen für Jugendliche organisiert werden. Jeder Steuerfranken kommt direkt den Jugendlichen zu Gute. Leider vermittelt die Erfolgsrechnung des Jugendrats ein stark verzerrtes Bild. Bei der teuersten Position Werbung in der Höhe von CHF 5'857.- handelt es sich nicht um Werbung im herkömmlichen Sinn, sondern um die easyvote Abstimmungshilfe. Die easyvote Abstimmungshilfe informiert Jugendliche einfach und neutral über bevorstehende kantonale und nationale Abstimmungen. Der Jugendrat Worb arbeitet aktiv bei easyvote mit und versorgt über 800 Worber Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren mit der easyvote Abstimmungshilfe. Dabei leistet er einen wichtigen Beitrag zur Förderung der politischen Partizipation. Ich möchte mich beim Jugendrat aber insbesondere bei deren Präsidentin Ra-

chel Wetli ganz herzlich für ihre geleistete Arbeit bedanken. Dem Jugendrat-Team wünsche ich viel Erfolg für die weiteren Vorhaben und dass sie dem Mitgliedermangel entgegen wirken können.

Cetin Christopher, EVP: Die EVP-Fraktion dankt dem Jugendrat für ihre übersichtliche Rechnung sowie den Rechenschaftsbericht 2012/13. Sie lobt das Engagement und ihren Einsatz für kulturelle und politische Aktivitäten. Dafür Applaus.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 7 Abs. 2 des Reglements über den Jugendrat der Einwohnergemeinde Worb der folgende

Beschluss

entstanden:

Der Grosse Gemeinderat nimmt Kenntnis von Rechnung und Rechenschaftsbericht des Jugendrates für das Geschäftsjahr 2012/13.

Stiftung Altersbetreuung Vechigen/Worb; Reglement über die Übertragung der Führung des Alters- und Pflegeheims Vechigen/Worb an eine besondere Trägerschaft: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 349	03.02.2014	8	2013/17-86	32	40/10/18

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Cetin Mayk, GPK: Zum ersten Mal kann sich der GGR zum Geschäft äussern. Die Diskussion der Trägerschaft des Alters- und Pflegeheims Vechigen/Worb reichen bis ins Jahr 2005 zurück. Eine chronologische Auflistung der bisherigen Geschehnisse fehlt und wäre sehr informativ gewesen. Die Gemeinde Vechigen tritt per 31. Dezember 2014 aus der Stiftung und sie wird entsprechend entschädigt. Ziel ist es, eine Trägerschaft für die Führung des Alters- und Pflegeheims Vechigen/Worb zu generieren, welche einen marktwirtschaftlichen Erlös im Rahmen einer Miete bzw. eines Baurechts erwirtschaftet. Die bisherige Stiftung Altersbetreuung Vechigen/Worb ist an der Weiterführung grundsätzlich interessiert. Es ist nicht ersichtlich, wer heute Mitglied der Stiftung Altersbetreuung Vechigen/Worb ist. Eine Auflistung wäre hilfreich gewesen. Eine rechtliche Prüfung der Ausgangslage hat ergeben, dass für eine öffentliche Ausschreibung der Erlass eines Reglements durch den Grossen Gemeinderat Worb erfolgen muss. Gemäss Art. 68 Abs. 2 des Gemeindegesetzes sind in diesem Reglement die Rahmenbedingungen festzulegen. Die juristische Prüfung hat zudem ergeben, dass die Ausschreibung nicht dem öffentlichen Beschaffungswesen unterliegt. Aus Sicht der GPK ist das Reglement über die Übertragung der Führung des Alters- und Pflege-

heims Vechigen/Worb an eine besondere Trägerschaft korrekt. Das Reglement scheint zur Sicherstellung der Ausgangslage für die Fortführung der Verhandlungen sinnvoll. Hiermit wird dem Gemeindeparlament eine Mitsprachemöglichkeit über die Zukunft des Altersheims geboten und die demokratische Legitimierung des Vorhabens gestärkt. Die Botschaft informiert umfassend. Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat, das Reglement über die Übertragung der Führung des Alters- und Pflegeheims Vechigen/Worb an eine besondere Trägerschaft zu genehmigen.

Gemeinderätin Masciadri Monica, Departementsvorsteherin Soziales: Im Vorfeld zu dieser GGR-Sitzung habe ich die Mitglieder jeder Fraktion und die Mitglieder der Sozialbehörde persönlich über das Geschäft informiert. Es war mir sehr wichtig, euch dieses formaljuristische Dokument mit doch etwas schwerfälligem Titel persönlich zu erklären. Danke, dass ihr Zeit gehabt habt. Die Altersbetreuung Vechigen/Worb steht unter der Aufsicht der beiden Trägergemeinden Vechigen und Worb. Die kantonale Stiftungsaufsicht und die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) sind übergeordnete Aufsichtsorgane. Der Stiftungsrat Altersbetreuung Vechigen/Worb führt als Aufsichtsorgan den Heimbetrieb. Acht Stiftungsratsmitglieder werden innerhalb der beiden Trägergemeinden abgeordnet. Hier nehme ich den Hinweis der GPK sehr gerne auf. Mayk Cetin hat bemängelt, eine Auflistung der Personen mit der Funktion fehlt. Mayk du hast Recht, im Schweizerischen Handelsamtsblatt (SHAB) sind lediglich die Namen aufgeführt, aber nicht in welcher Funktion diese Mitglieder im Stiftungsrat tätig sind. Es sind: Peter Jörg (Stiftungsratspräsident, abgeordnet von Worb), Sibylle Schwegler (Gemeinderätin Vechigen), Sabine Stupnicki (Gemeinderätin Vechigen), Gfeller Niklaus (Gemeindepräsident Worb), Boris Kaiser (Vertreter der römisch-katholischen Kirche Vechigen/Worb), Irene Matresch (Spitex Worb), Helene Utiger (Vertreterin reformierte Kirchgemeinde Vechigen) und ich als Gemeinderätin von Worb. Heute vor 24 Jahren und zwei Tagen haben die ersten Bewohnerinnen und Bewohner das Heim bezogen. 46 Betten hat es im Heim. Seit Beginn haben wir diese selbstgewählte öffentliche Aufgabe durch einen privaten Träger eben durch diese Stiftung erfüllen lassen. Damals wie heute will Worb zum Angebot im Altersheim etwas sagen. Das Heim wird äusserst professionell geführt. Vor allem Peter Jörg, dem Stiftungsratspräsidenten, Frank Heepen als Heimleiter, den beiden Gemeinderätinnen von Vechigen und Niklaus Gfeller sei Dank. Sie bilden den geschäftsleitenden Ausschuss. Das Heim geniesst einen hervorragenden Ruf, ist als guter Arbeitgeber bekannt und bietet hohe Qualität in der Pflege. Von der Küche konnten sich etliche Kommissionsmitglieder bei Abschlussessen schon überzeugen. Das Heim steht heute auf finanziell soliden Füßen, nimmt Aufgaben wahr, die weit über den Betrieb von Altersheimplätzen hinausgehen. Die Zusammenarbeit und die Kontakte zwischen der Gemeinde, der Stiftung und der Heimleitung basieren auf höchsten, gegenseitigen Respekt. Nun könnte man ja sagen, dass alles prima ist und es gar keinen Grund gibt in der Stiftung oder im Vertrag zwischen der Gemeinde und der Stiftung etwas zu ändern. Doch, gibt es. Allein dadurch, dass Vechigen aus der Stiftung austreten wird. Es gibt ihn zudem, weil das Heim nicht immer so gut da stand, wie es heute der Fall ist. Die Bewohnerinnen und Bewohner waren zu jung und zu gesund. Pflegeheime lassen sich nur wirtschaftlich betreiben, wenn die Pflegebetten gefüllt werden können. Dann gab es eine Phase mit Problemen in der damaligen Heimleitung und in dieser Zeit haben zwischen Worb und Vechigen die Diskussionen um die richtige Struktur angefangen. Mit der Begründung, es könne ja nicht sein, dass die Verwaltung oder der Gemeinderat ein Alters- und Pflegeheim führen müsse. Vechigen hat sich im Laufe dieser Diskussionen entschlossen, aus der Stiftung auszutreten. Die Inhalte der entsprechenden Vereinbarung sind in der Botschaft an den GGR aufgeführt. Die finanzielle Auseinandersetzung mit Vechigen wird aufgrund dieser Grundlage erledigt werden. Die Sitzungen, die wir mit Vechigen zu diesem Geschäft haben, finden im besten Einvernehmen statt. Das Vertrauen ist beidseitig in hohem Mass vorhanden. In der Folge hat der Gemeinderat Worb folgende Ziele definiert: Das Heim muss personell weiter weg von der Politik geführt werden. Das zeitgleiche Tragen

von zwei Hüten vom Gemeinde- und Stiftungsrat ist zunehmend in Frage zu stellen. Die Interessen sind nicht deckungsgleich. Sie dürfen nicht deckungsgleich sein. Stiftungsräte sind wie Verwaltungsräte. Sie haben politisch unabhängig zu sein. Das Heim muss einen marktgerechten Ertrag abwerfen. Dies wurde als zweites Ziel definiert. Und als drittes Ziel wurde definiert, dass die Gemeinden Vechigen und Worb eindeutige Vorgaben zu den Qualitätsmerkmalen machen. Zwischen Worb und der Stiftung gibt es etliche Verträge und Vereinbarungen. Mit diesen Verträgen sind die rechtlichen Parameter für die Erfüllung einer Aufgabe, die wir als Gemeinde einem Dritten übertragen, erfüllt. Weitere gesetzliche Bestimmungen braucht es derzeit nicht, weil Worb und Vechigen gleich vierfach im Stiftungsrat vertreten sind und wir so direkt unsere Aufsichtspflicht wahrnehmen können. Wenn wir aber das erklärte Ziel weiterverfolgen wollen, dass die Aufsicht und der Betrieb des Heims weiter weg von der Politik angesiedelt werden und wir aber gleichzeitig unseren Einfluss geltend machen wollen, dann brauchen wir das Reglement. Wir wollen mit dem Reglement klarstellen, dass die Gemeinden auch in Zukunft und unabhängig vom Träger, es als unsere Aufgabe betrachten, für eine Betagtenbetreuung zu sorgen, die auf die Gemeindebevölkerung ausgerichtet ist. So ist die Alterspolitik in Worb definiert, so steht es im Altersleitbild. Wir übertragen also eine Aufgabe an einen Dritten und machen gleichzeitig Vorgaben. Art und Umfang der Vorgaben sind in einem Reglement festzulegen, das sagt Art. 68 des Gemeindegesetzes. Das Reglement eignet sich zudem zur demokratischen Legitimation des Vorgehens des Gemeinderates. Es ist das erste Mal, dass sich das Parlament zum Innenleben des Heims äussern kann. Den bisherigen Leistungsvertrag hat der Gemeinderat mit dem Stiftungsrat ausgehandelt. Bevor aber nun die Trägerschaft umstrukturiert wird, will ich von euch wissen, ob ihr mit den definierten und heute gelebten Qualitätsmerkmalen in diesem Heim einverstanden seid. Wir wissen alle: Qualität hat seinen Preis. Wenn ihr mir heute sagt, dass wir uns bei der Führung des Heims bloss von ökonomischen Kriterien leiten lassen sollen, dann bin ich mit diesem Reglement auf dem Holzweg und dann muss das Vorgehen neu überdacht werden. Ob das Heim dereinst im Baurecht, in Rohmiete oder in der Miete übertragen wird, befindet sich im Stadium der Prüfung. Ziel ist es, dass der Begriff marktgerecht definiert wird. Es geht darum, eine eindeutige Lösung zu finden, die langfristig gültig ist. Wir sind bei der Übertragung und der Vertragsart übrigens nicht völlig frei. Wir haben übergeordnetes Recht zu befolgen. Das Reglement ist eine Auslegeordnung. Es geht darum, die Spielregeln festzulegen, bevor man weiterfahren kann. Das Reglement ist juristisch geprüft, mit Vechigen wurde es abgesprochen und es gibt dem Parlament ein Mitspracherecht. Es ist offen genug formuliert, um uns als Gemeinde die maximale Handlungsfreiheit zu gewähren und es ist detailliert genug, um unsere Mitsprache im Bezug auf Qualität zu sichern. Auf der Grundlage dieser Auslegeordnung kann das Projekt weiterentwickelt werden. Ich bitte euch, dem Reglement zuzustimmen und danke euch dafür.

Kämpfer Erwin, FDP: Besten Dank für die erweiterten Ausführungen zum Verständnis dieser Vorlage. Wir erkennen neben der Variantenfrage folgende wesentlichen Beweggründe für dieses Reglement: Qualitätssicherung, Entpolitisierung und einen Mehrertrag für die Gemeinde. Zur Qualitätssicherung. Ich bin kein Freund von Reglementen, insbesondere nicht, wenn sie vordergründig keine Notwendigkeit zeigen. Es wird aber festgestellt und anerkannt, dass die Führung des Stiftungsrates und des Heims derzeit sehr gut und professionell erfolgt. Wir haben also keinen Notstand. Der gewählte Titel „Übertragung der Führung an eine besondere Trägerschaft“ ist meines Erachtens eher eine unglückliche Bezeichnung und gibt zu Spekulationen Anlass. Heute ist die Stiftung die Trägerschaft. Wie wir alle wissen, existieren grössere Organisationen, welche ein solches Heim führen und befähigt sind. Es gibt somit verschiedene Formen der Übertragung. Neben der Variante Mietvertrag ist in der Vorlage auch der Verkauf im Baurecht erwähnt. Die Stiftung ist heute mit der Gemeinde an einen Leistungsvertrag gebunden. In wie weit das einer sogenannten bedeutender Leistung entspricht, ist eine rechtliche Auslegung. In Art. 68 Abs. 2 des Gemeindegesetzes steht:

„Art und Umfang der Übertragung sind in einem Reglement zu regeln, wenn diese a) zur Einschränkung von Grundrechten führen kann, b) eine bedeutende Leistung betrifft oder c) zur Erhebung von Abgaben ermächtigt. Absatz b und c sind für die heutige Regelung nicht zwingend, macht a jedoch bei einem Verkauf im Baurecht ein Reglement erforderlich. Dies steht aber so nicht in der Vorlage. Neben den gesetzlichen sind die weiteren ergänzenden Qualitätsanforderungen der Gemeinde im Reglement aufgelistet und diese sind im heutigen Leistungsvertrag enthalten. Eine Änderung der heutigen Voraussetzungen im Aspekt der Qualitätssicherung würde eine klare strategische Aussage des Gemeinderates bedingen. In einer Strategie müsste zudem auch zum Ausdruck kommen, welchen Stellenwert eine Weiterführung des Altersheims durch die heutige Stiftung hat. Sollten allfällige Qualitätsanforderungen nicht mehr genügen oder möchte die Stiftung die Führung selbst abgeben, ergibt sich natürlich eine andere Situation. Ein Reglement, wie das vorgeschlagene, kann natürlich für eine solche Situation förderlich sein. Die angestrebte Ausschreibung Wettbewerb im Einladungsverfahren dürfte aber nicht dazu führen, dass es der Stiftung allfällig erschwert oder verunmöglicht wird, die heutige Führung weiter zu verfolgen. Zudem ist zu beachten, dass die vom Kanton zugewiesenen Pflegeplätze heute der Stiftung übertragen sind. Welcher Einfluss bleibt der Gemeinde, um die Qualitätssicherung zu gewährleisten? Mögliche Sanktionen sind im Artikel 6 des Reglements umschrieben. Ist eine Auflösung des Mietvertrags noch denkbar? Birgt ein Heimfall beim Baurecht unter diesen Umständen eine gewisse Unsicherheit. Wir bitten deshalb um die Beantwortung der folgenden Frage: Gibt es spezielle Voraussetzungen oder Regelungen beim Abschluss eines Baurechtes im Gesundheitswesen? Insbesondere was die Dauer und den Heimfall betrifft? Nun möchte ich noch etwas zur Entpolitisierung sagen. Mit dem beschlossenen Ausstieg der Gemeinde Vechigen aus der Stiftung ist auch die Gemeinde Worb ihrerseits gefordert, ihre Regelungen hinsichtlich der politischen Unabhängigkeit zu prüfen und zu treffen. Politisch gilt aber auch zu beachten, dass sich die Gemeinde sowie Worber Persönlichkeiten und Organisationen seinerzeit selbst sehr stark für das Altersheim bemüht haben. Zudem haben wir ein Altersleitbild genehmigt und eine Altersbeauftragte angestellt. Bei einem Verkauf im Baurecht werden sich entsprechende Fragen ergeben. Ebenfalls wird in diesem Zusammenhang die zukünftige Haltung von dem heute in der Stiftung mit integrierten Organisationen sein. Sofern der Wille des Gemeinderates da ist, Transparenz in seinen Entscheidungen zu zeigen und eine Mitsprachemöglichkeit über die Zukunft vom Altersheim dem Grossen Gemeinderat zukommen lassen will. Diese Mitsprachemöglichkeit sollte aber auch umfassend sein. Wir stellen deshalb den Antrag, Art. 3 Abs. 3 neu wie folgt zu formulieren: „Der Gemeinderat sorgt für ein Verfahren, das Gewähr für die Auswahl einer geeigneten Trägerschaft bietet. Er unterbreitet die begründete Auswahl der Trägerschaft und die Form der Übertragung (Miet- oder Pachtvertrag, Einräumung eines selbstständigen und dauerndes Baurechts Art. 2 Abs. 2) dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung.“ Als Letztes habe ich noch eine Bemerkung zum Mehrertrag der Gemeinde. Die neue Pflegefinanzierung und die damit zusammenhängende Ausgestaltung, sprich Infrastrukturbeiträge, sind möglicherweise noch nicht in den bestehenden Mietverträgen eingeflossen. Der Mietvertrag vom 31. Dezember 2004, welcher ausläuft, könnte allfällig angepasst werden, so dass die Gemeinde zukünftig einen höheren Ertrag hätte. Zusammenfassung: Die Qualitätssicherung ist zu gewährleisten, die Entpolitisierung ist umzusetzen, es ist eine klare Strategie des Gemeinderates gefordert, die Möglichkeit einer Anpassung des Mietvertrages ist vor einer Ausschreibung zu prüfen und wir stellen dem Grossen Gemeinderat den Antrag zur Abstimmung. Mit diesen Ausführungen unterstützt die FDP die Genehmigung des Reglements.

Kühn-Blank Christa, SP: Die SP-Fraktion begrüsst es, dass dem Grossen Gemeinderat überhaupt die Möglichkeit geboten wird, sich zur Neugestaltung der Trägerschaft unseres Altersheimes zu äussern. Seit dem Jahr 2005 ist man nun also daran zu überlegen, wie eine neue Trägerschaft aussehen könnte. Es ist erfreulich, dass sich in dieser Sache jetzt endlich etwas tut. In der vorliegenden Vorlage wird betont, ich zitiere: „Dass die Führung des Stiftungsrates und des Heimes derzeit sehr

gut und professionell erfolgt.“ Dies ist ein Glücksfall für Worb. Wir möchten an dieser Stelle dem Stiftungsrat und der Heimführung für ihren Einsatz und die gute Arbeit danken. Die Neuregelung muss so nicht aus einer Notlage heraus bewerkstelligt werden, sondern kann in Ruhe und mit Umsicht angegangen werden. Wir haben es bereits gehört, am Anfang der Überlegungen stand, dass die zukünftige Trägerschaft fachlich kompetent und politisch unabhängig sein soll. Im Weiteren können wir den Unterlagen entnehmen, dass bei der Auswahl der Trägerschaft nicht nur auf fachliche, sondern auch qualitative und soziale Kriterien Wert gelegt werden soll. Zudem sieht der vorliegende Reglementsentwurf einen Miet-, Pacht- oder Baurechtsvertrag zu Marktbedingungen vor. Auch auf Wirtschaftlichkeit wird also geachtet. Alles Weitere ist offen. Gegen ein Reglement als Grundlage für die Suche einer neuen Trägerschaft ist nichts einzuwenden. Das macht Sinn. Was wir aber in der Botschaft vergeblich suchen, sind Hinweise auf eine klare Strategie des Gemeinderates. Wir konnten zwar lesen, dass die Arbeitsgruppe „Neue Trägerschaft“ die zwei Varianten Mietvertrag und Verkauf im Baurecht weiterverfolgt hat. An der GGR-Sitzung vom 17. Oktober 2011 wurde uns in Aussicht gestellt, dass darüber bis Ende 2012 mit einem Entscheid zu rechnen sei. Zu welchen Schlüssen die Arbeitsgruppe gekommen ist, erfahren wir nicht. Und gerade dieser Punkt, ob die Liegenschaft vermietet oder im Baurecht verkauft wird, erscheint uns zentral. Welche Vor- und Nachteile die beiden Varianten unserer Gemeinde bringen könnten, sollte doch unserer Meinung nach geklärt sein, bevor die Ausschreibungsunterlagen an die interessierten Kreise gehen. Der Worb-Bevölkerung ist es nicht gleich, wer das Altersheim führt. Wir sind alle betroffen, denn wir wollen ja alle alt werden und damit ist es auch für jede und jeden von uns denkbar, dass wir in der Zukunft einmal auf die Dienstleistungen der Altersbetreuung angewiesen sein werden. Das Altersheim ist in der Bevölkerung auch gut verankert, einmal durch seine Entstehungsgeschichte, aber auch durch die Verbindungen zur Spitex, zum Frauenverein, zur Kirche und den Besucherdiensten. Dazu nur ein Beispiel: Wie sie alle wissen, führt der Frauenverein Worb seit Jahren die Cafeteria des Altersheimes. Freiwillige engagieren sich dafür an 365 Tagen im Jahr. Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass sich diese Freiwilligen auch Gedanken über eine neue Trägerschaft machen und sich fragen, was zum Beispiel wäre, wenn eine neue Trägerschaft beschliessen würde, die Cafeteria selber zu führen. Dieses Geschäft ist eindeutig von allgemeinem Interesse und einige Punkte sind einfach noch zu unklar. So lange noch nicht abzusehen ist, in welche Richtung der Gemeinderat uns führen wird, sollte der GGR ein Mitspracherecht bei diesem Geschäft haben. Die SP-Fraktion wird deshalb dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zustimmen, der die Mitsprache des GGR's nicht nur beim Abschluss eines Baurechtsvertrages, sondern auch dann, wenn die Liegenschaft vermietet oder verpachtet werden sollte, fordert. Wir stimmen der Vorlage nur zu, wenn der FDP-Antrag angenommen wird.

Brook Liechti Vanessa, GLP: Vielen Dank an die Gemeinderätin des Departements Soziales für die detaillierten Ausführungen heute Abend und auch dass sie sich die Zeit genommen hat, in den Fraktionen über doch ein relativ trockenes Geschäft zu orientieren. Sie hat klar gemacht, dass es beim neuen Reglement vor allem darum geht, dass in einem neuen Leistungsvertrag, die bestehenden Qualitätsstandards weiterhin eingefordert werden können. Zudem wurde bereits abgeklärt, dass eine öffentliche Ausschreibung nicht zwingend ist. Somit besteht die Möglichkeit, dass zuerst mit der aktuellen Trägerschaft, künftig ohne Vechigen, eine Lösung anzustreben. Die GLP begrüsst diese Option, da die jetzige Leitung des Altersheimes gut funktioniert und wir der Meinung sind, dass etwas gut funktioniert, nicht aufgebrochen werden sollte. Wir sind zuversichtlich, dass eine öffentliche Ausschreibung nur im Notfall in Betracht gezogen wird. Deshalb genehmigt die GLP das neue Reglement.

Cetin Mayk, EVP: Zunächst will ich mich im Namen der EVP ganz herzlich bei unserer Gemeinderätin Monica Masciadri bedanken, dass sie aktiv auf uns zukam, um uns das juristische Geschäft ausführlich zu erläutern. Ich werde im Sinne der Effizienz nur einmal zum gesamten Geschäft spre-

chen und dabei nicht nochmals alles wiederholen, was wir bereits von der GPK und Monica gehört haben. Aus Sicht der EVP wird insbesondere die vorausschauende Haltung unserer Gemeinde in dieser Sache begrüsst. Denn mit diesem Reglement soll sichergestellt werden, dass die gute Qualität der Altersbetreuung, welche heute im Alters- und Pflegeheim Vechigen/Worb zu erkennen ist, auch in Zukunft beibehalten wird. Ausserdem können wir bei der Übertragung dieser bedeutenden Leistung mit einem Erlass eines Reglements Rechtsunsicherheiten beseitigen. Aus Sicht einer Volkspartei macht es für uns ausserdem Sinn, dass dem Gemeindeparlament mit diesem Reglement eine Mitsprachemöglichkeit über die Zukunft des Altersheims geboten wird. Eine Frage ist allerdings noch aufgetreten: Art. 4c des Reglements räumt bei beschränktem Platzangebot nicht nur den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Worb, sondern auch den Einwohnerinnen und Einwohnern der Gemeinde Vechigen den Vorrang ein. Wir gehen davon aus, dass diese Bevorzugung der Vechiger aufgrund der auf Seite 2 der Botschaft erwähnten Vereinbarung in den Art. 4c reingegenommen wurde. Wenn dem so ist, weshalb wurde diese Bevorzugung der Vechiger überhaupt als Bestandteil der Vereinbarung mit Vechigen aufgenommen, wenn doch die Gemeinde Vechigen per 31. Dezember 2014 aus der Stiftung austritt und entsprechend entschädigt wird? Die EVP stimmt dem Reglement über die Übertragung der Führung des Alters- und Pflegeheims Vechigen/Worb an eine besondere Trägerschaft zu.

Stucki Simon, SVP: Besten Dank Monica, dass du uns diese juristischen Knacknüsse ein bisschen näher gebracht hast. Grundsätzlich sind wir als Fraktion immer sehr vorsichtig, wenn es um neue Reglemente geht, da wir heute eher eine überreglementierte Gesellschaft sind. Wir konnten uns aber grundsätzlich einigen, dass es Sinn macht, dieses neue Reglement anzunehmen. Dadurch kann sich Worb von Vechigen lösen und kann seine eigenen Interessen eigenständig vertreten. Für die Übertragung der Führung an eine neue Trägerschaft ist es wichtig, dass beide Parteien, die gleichen Regeln kennen. Ausserdem ist es uns wichtig, dass wir immer noch ein Mitspracherecht haben. Im Weiteren ist sicherlich zu beachten, dass das Finanzielle und das Soziale in einem gesunden Verhältnis bleiben.

Gemeinderätin Masciadri Monica, Departementsvorsteherin Soziales: Ich möchte zuerst auf die Fragen von Erwin Kämpfer antworten. Nein, es gibt keine besonderen Bestimmungen eines Baurechts im Gesundheitswesen. Die Modalitäten bezüglich Dauer und Heimfall regeln die Vertragspartner untereinander und das ist gleich geregelt, wie du das als Architekt ja bestens kennst. Die Frage von Maik Cetin betreffend der Bevorzugung von Vechigen. Der Austritt von Vechigen bedeutet, dass Vechigen uns das Heim überlässt und die Zukunft des Heims alleine gestalten lässt. Dies war eine ganz wichtige Klausel für Vechigen und deshalb ist dies so im Reglement. Zur fehlende Strategie, die von Christa und Erwin moniert wird. Ob Miete, Rohmiete, Baurecht, das ist zurzeit tatsächlich unbekannt. Dies wird der nächste Schritt sein. Was wir doch nun brauchen, sind die übergeordneten Spielregeln. Wollen wir mehr Qualität oder mehr Preis? Das sagt ihr mir mit diesem Reglement. Und erst wenn ich das weiss, können wir weiterfahren. Zum Antrag der FDP und der SP im Bezug auf Mitbestimmung. Artikel 55 der Gemeindeverfassung regelt die Kompetenzen der Legislative und der Exekutive. Wenn die Legislative sich für eine Kompetenz zuständig fühlt, die eigentlich in die Exekutive gehört, ist diese Zuständigkeitsverschiebung zu belegen. Die Auswahl der Trägerschaft ist ganz eindeutig eine Aufgabe der Exekutive und fällt in deren Kompetenz. Rein rechtlich ist dies also gar nicht möglich. Denkt daran, die Gemeinde Worb unterliegt den übergeordneten Bestimmungen des Kantons. Der Gemeinderat kann also schon daher nicht einfach tun und lassen was ihm gefällt. Ich zitiere aus dem Leitbild des Heims: „Unserer Tätigkeit liegen Menschlichkeit, Offenheit, Ehrlichkeit und Fairness zugrunde.“ Es ist für mich eine Pflicht, diesem Credo bei der Zukunft des Heims nachzuleben. Wir haben es bei diesem Geschäft vor allem mit Menschen zu tun, das hast du, Christa, sehr schön ausgeführt. Solchen, die vor 25 Jahren dafür gekämpft haben, solchen, die da den Lebensmittelpunkt für das Alter gefunden haben, solchen, die

dort arbeiten und solchen, die sich dort ehrenamtlich engagieren. Da gehört es sich, offen und sorgfältig mit dem Geschäft umzugehen und Volkes Stimme respektive des Parlaments Stimme zu hören. Auch ohne entsprechenden Passus im Reglement. Aber ich weiss, dies müsstet ihr mir einfach glauben. Ihr müsstet mir auch einfach glauben, dass wir eine Lösung suchen, die uns einen angemessenen Zins aus Miete oder Baurecht generiert, die der Trägerschaft Spielraum gibt und die uns Mitbestimmung gewährt. Das Geschäft ist nun fast neun Jahre alt. Es ist für alle Beteiligten, Vechigen, die Stiftung und für Worb unbefriedigend, wenn solange nichts passiert. Den schwebenden Zustand möchte ich gerne beenden. So lassen sich keine Strategien entwickeln. Diesen Punkt sehe ich genau wie Christa. Mit eurer Zustimmung zum Reglement, so wie es vor uns liegt, ermöglicht ihr, dass wir einen grossen Schritt vorwärts gehen. Ich danke euch für die Zustimmung.

Artikelweise Beratung

Artikel 3

Kämpfer Erwin, FDP: Gerne sage ich dazu noch etwas. In der Vorlage steht „das demokratische Mitwirkungsrecht für die Zukunft vom Altersheim“ und das beinhaltet von mir aus eine gesamtheitliche Betrachtungsweise. Diese gesamtheitliche Betrachtungsweise soll der Gemeinderat auch hier mitentscheiden und dies würde ebenfalls einen Miet- oder Pachtvertrag beinhalten. Die Ergänzung ist also folgende: Nicht nur das selbständige Baurecht soll vorgelegt werden, sondern möglicherweise auch der Miet- oder Pachtvertrag. Dies aus politischen Überlegungen, weil von den Gemeinden ja keine Vertreter mehr in der Trägerschaft vorhanden sein werden, sondern Fachleute. So gäbe es zumindest noch eine Einflussnahme von der Politik.

Ratspräsident Messerli Gregor: Ich stelle aufgrund der Diskussionen und den Ausführungen der zuständigen Gemeinderätin fest, dass eine gewisse Unsicherheit besteht, ob der Artikel formal juristisch den Anforderungen genügt. Das Problem ist, wenn wir diesen Artikel und auch das gesamte Geschäft beschliessen, könnte es tatsächlich sein, dass dieser Sachverhalt nicht korrekt wäre, weil wir diesen keiner juristischen Prüfung unterzogen haben. Es stellt sich somit die Frage, ob die FDP bereit wäre, einen Rückweisungsantrag zu formulieren, damit der Gemeinderat die Chance hat, den Sachverhalt juristisch zu prüfen.

Kämpfer Erwin, FDP: Es wäre nicht im Sinne des Geschäfts, dass wir dieses Geschäft zurückweisen möchten. Dieses Reglement bildet ja die Basis für die Zukunft der Führung des Altersheims. Ich kann nicht beurteilen, ob es formal juristisch korrekt ist, aber ich bin der Meinung, dass wir im Parlament doch darüber abstimmen dürfen, ob wir die erweiterte politische Einflussnahme genehmigen wollen. Wenn dies formal juristisch nicht korrekt sein sollte, kann es immer noch korrigiert werden.

(Ratspräsident Messerli Gregor gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 22.25 bis 22.30 Uhr. Die Protokollführerin).

Kämpfer Erwin, FDP: In Anbetracht der Situation wird die FDP einen Rückweisungsantrag des Geschäfts stellen. Damit ist eine juristische Prüfung verbunden, ob der Grosse Gemeinderat zuständig gemacht werden könnte für die Auswahl von der Trägerschaft und zum Abschluss von einem Miet- oder Pachtvertrag (ohne schriftliche Abgabe des Antrages. Der Sekretär).

Ratspräsident Messerli Gregor: Somit ist der Änderungsantrag vom Tisch und wir werden ganz am Schluss über diesen Rückweisungsantrag beschliessen.

Gemeinderätin Masciadri Monica, Departementsvorsteherin Soziales: Ich nehme den Rückweisungsantrag mit sehr grosser Enttäuschung zur Kenntnis, gerade weil er von meiner Partei gestellt wird. Ich möchte dazu sagen, dass wenn dieser Rückweisungsantrag angenommen wird, nicht in schnellen Schritten vorwärts gegangen wird, aber ich habe dies zu akzeptieren. Wir möchten in dieser 9-jährigen Geschichte vorwärts gehen. Ich versichere euch, dass ich mit jedem Vertrag und mit jedem einzelnen Punkt, den wir in Zukunft mit diesem Heim verhandeln werden, in den Grossen Gemeinderat kommen werde. Aber dies müsst ihr mir einfach glauben.

Ratspräsident Messerli Gregor: Ich wiederhole nochmals den Rückweisungsantrag der FDP. Es geht primär darum, dass Artikel 3 auf die juristische Zulässigkeit überprüft wird und es soll geprüft werden, ob die Kompetenz für Miet- und Pachtverträge und die Auswahl der Trägerschaft vom Gemeinderat auf den Grossen Gemeinderat übertragen werden kann.

Beschluss zum Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion, dass Artikel 3 auf die juristische Zulässigkeit überprüft wird und es soll geprüft werden, ob die Kompetenz für Miet- und Pachtverträge und die Auswahl der Trägerschaft vom Gemeinderat auf den Grossen Gemeinderat übertragen werden kann.

Der Antrag wird 24 zu 12 Stimmen bei 0 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 29 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 47 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Das Reglement über die Übertragung der Führung des Alters- und Pflegeheims Vechigen/Worb an eine besondere Trägerschaft wird genehmigt.
2. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 47 Abs. 1 Bst. a
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Sitzungsende 22:45 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Gregor Messerli
Präsident

Monika Gfeller
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 17. März 2014.

Thomas Wälti
Sekretär